

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungsbekannteren und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich inkl. Post 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-1 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 239 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft  
Erscheinung: Dresden-1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 239 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Freitag den 24. Februar 1928 Nummer 47

## Die Maßregelungen beginnen

Das Ergebnis der reformistischen Niederlagenstrategie / Empörung der Arbeiter  
Bereitschaft zum Streik gegen die Verbindlichkeitserklärung

Magdeburg, 24. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Auf allen Stempelfellen und vor den Zahlstellen setzte am Mittwoch früh eine große Erregung der Metallarbeiter ein, die auf das Ergebnis der Beschlüsse der Bezirkskonferenz für das mitteldeutsche Kampfgebiet warteten. Als die Arbeiter von der schmächtlichen Kapitulation der reformistischen Führer Kenntnis erhielten, brachen sie in laute Entrüstungs- und Schmährufe aus. Viele, vor allem bisher sozialdemokratisch eingestellte Arbeiter wollten es einfach nicht glauben, daß ihre reformistischen Führer, die bisher über die Stärke der Gewerkschaften so radikale Reden gehalten hatten, jetzt plötzlich für den Bürgerblockschlichter eintreten und den Kampf rückstuflos abwürgen.

Besonders große Entrüstung erregte es, daß die Gewerkschaftsbürokraten den Kampf abgebrochen haben, ohne die Massen der Streikenden, die jetzt für den Hungerlohn weiterarbeiten müssen und wenn nicht, gemahregelt werden, zu befragen.

Ein von der Kommunistischen Partei herausgegebenes Flugblatt, das die arbeiterfeindliche Taktik der sozialdemokratischen Niederlagenstrategie einwandfrei bloßlegt, wurde von allen Arbeitern mit großer Genugung begrüßt. Auch sozialdemokratische Arbeiter drückten offen zum Ausdruck, daß die Kommunisten von Anfang bis Ende mit ihrer Kritik und ihren Voraussetzungen recht behalten haben.

Die Unternehmer nutzen die Freiheit und verbrecherische Verächtlichkeit, mit der der Kampf ohne genügend Sicherungen gegen Maßregelungen abgebrochen wurde, rücksichtslos aus. Bei der Magdeburger Sprengstofffabrik Volke gab der Betriebsratsvorsitzende bekannt, daß ab Freitag 200 Mann der Belegschaft nicht mehr zur Arbeit zugelassen werden. Gerade in diesem Bereich hat die reformistische Streikleitung Streikbrecherarbeit in großem Umfange gebildet, ohne dagegen einen ernsthaften Kampf zu organisieren. Jetzt sollen die Streikbrecher im Betrieb bleiben und die kämpfenden Arbeiter auf dem Platze liegen.

Am Mittwochabend fanden in Magdeburg und Dessau Funktionärversammlungen des DMB statt. Da hier die Sozialdemokratie den Funktionärskörper zum größten Teil in den Händen hat, wurden Wechsellösungsbeschlüsse für den Abbruch des Kampfes und Wiederaufnahme der Arbeit durchgepeitscht.

In Stuttgart fand eine überfüllte Versammlung der streikenden Metallarbeiter statt, zu der die Reformisten als Referenten zur Durchprüfung ihrer Resolution einen ehemaligen kommunistischen Funktionär, der inzwischen zur Kooptation übergegangen ist, entsandt hatten. Der schamlos ausgeübte Trick blieb erfolglos. Der Weberbauer konnte von der ganzen Versammlung nur ungefähr 20 Mann für seine Abwägungsresolution einbringen. Die überwältigende Mehrheit beschloß eine scharfe Resolution, die die unternehmerfreundliche Schlichtungspolitik und die Abwägung des Kampfes scharf zurückweist, und die Metallarbeiter zum weiteren Streik auch gegen verbindlich erklärte Schlichtungsprämie auffordert.

Wenn die Arbeiterschaft jetzt noch in die Betriebe zurückgeht, so nur deshalb, weil es den Gewerkschaftsführern gelungen ist, die Kampffront zu zersplittern, die Betriebsräte auf die Arbeitssuche festzulegen und die Einheitsfront des Kampfes zu zerbrechen. Sobald jetzt der Kampf ohne oder gegen die Gewerkschaften geführt wird, wäre er aussichtslos. Aber die Metallarbeiter haben erkannt, daß die KPD für einen rückstuflosen und regelreichen Kampf gegen die Unternehmer nur freigegeben werden kann durch Beseitigung des reformistischen Einflusses in Betrieben, Gewerkschaften und allen anderen Arbeiterorganisationen.

Die Metallarbeiterbewegung in Mitteldeutschland ist durch die Verratstaktik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie vorläufig beendet. Schon aber kommt die Meldung von neuen bevorstehenden Kämpfen

in Berlin. Die Berliner Werkzeugmacher, die auf Drängen der Gewerkschaftsbürokraten ihren Kampf zurückgestellt hatten, wollen jetzt in den Streik treten. Der Kampf umfaßt ungefähr 6000 Arbeiter. Die Metallindustriellen erklären auch hier, daß sie, wenn der Kampf ausgenommen werde, 110 000 bis 120 000 Arbeiter ausperren wollen. Die Gewerkschaftsführer nutzen diese Drohung, um den Kampf möglichst zu vermeiden. Die Aufhebung des Streiks durch die Berliner Werkzeugmacher war schon ein Teil jener Niederlagenstrategie, mit der der Ausgang des Kampfes in Mitteldeutschland herbeigeführt wurde. Anstatt gegen die gesamte Kraft der Metallindustriellen die geschlossene Front der gesamten Arbeiterschaft zu stellen, erlauben sie durch diese Taktik, die ganze Kraft des Industriellenverbandes gegen einzelne Arbeitergruppen zu stellen.

Aus dem Ausgang dieses Kampfes müssen die Arbeiter lernen, daß nur die geschlossene, gesamte Front der Arbeiter in der Lage ist, die Industriellen niederzuschlagen. Keine zersplitterten Gruppenkämpfe, sondern Gesamtkampf. Die Reformisten wollen einen solchen Kampf nicht, weil er die Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft erschüttert. Die Reformisten gehen mit den Kapitalisten zusammen. Ihr Ziel ist nicht Beseitigung dieser Gesellschaft, Beseitigung des kapitalistischen Staates, sondern

ihren Zusammenarbeiten mit den Kapitalisten. Wirtschaftsfrieden, Arbeitsgemeinschaft und Koalitionspolitik.

Die Reformisten versuchen ihren Verrat, ihre Unternehmerrückständigkeit hinter radikalen Phrasen und Kommunismushege zu verbergen. Ein Musterbeispiel sozialdemokratischer Demagogie ist die Dresdner Volkszeitung der letzten Tage. Diese „linken“ Redakteure glauben, die mitteldeutschen Arbeiter werden im Galopp wieder in die Betriebe springen. Deswegen veränderte die Volkszeitung den Schiedspruch als einen Erfolg. „5 statt 3 Pfennig.“ Die Volkszeitungsschreiber hatten sich aber geirrt. Die Arbeiter merken sehr wohl, daß es sich um einen Erfolg der Unternehmer, einen Erfolg der ganz großen Volksgemeinschaft handelte. Die Arbeiter begriffen, daß das Abwürgen des Kampfes in Mitteldeutschland im engen Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Richtungsaktion für den Bürgerblock stand. Die Arbeiter brachten ihre Empörung ungehindert zum Ausdruck.

Da auf einmal schlag die Volkszeitung andere Töne an. Der „Erfolg“ von „5 statt 3 Pfennig“ wurde auf einmal ein unbedingter Schiedspruch. Western nun bringt die sozialdemokratische Presse den Aufruf: „Wählt Sozialdemokraten“, dann wird es besser. Wählt SPD, denn sie haben die große Volksgemeinschaft mit den Deutschnationalen geschlossen. Auf der ersten Seite ihrer gestrigen Ausgabe bringt die Volkszeitung zwei große Bilder über den „Schiedspruch im Metallgewerbe“. Auf der einen Seite erklärt der Unternehmer dem Arbeiter: „Wald wird dir die Sonne aufgehen“ — auf der anderen Seite sagt der Arbeiter dem Unternehmer: „Aber es war nur ein Messing-Fünfer!“ Über dem zweiten Bild steht: „Er erhöhte die Spitzenlöhne um ganze fünf Pfennige.“ Auf einmal, nur ein Messing-Fünfer! Erst war es ein Erfolg. Die ganze Demagogie, der ganze Arbeiterbetrug kommt in dieser, innerhalb zwei Tagen gedruckten Haltung der Volkszeitung zum Ausdruck. Aber noch mehr, das eine Bild zeigt ein Fabrikgebäude, hinter dem die Sonne aufgeht. Der Kapitalist sagt, bald wird dir die Sonne aufgehen. Wer erzählt aber den Arbeitern, daß ihnen die Sonne aufgehen werde? Was ist nicht die SPD-Zeitung? Brauchte sie nicht das bekannte Bild von der Dollarsonne?

Mit struppeliger Frechheit spekuliert die SPD auf die Vergeßlichkeit der Arbeiter. Die Arbeiter aber dürfen nicht vergessen; sie müssen behalten, daß die SPD ihnen die Dollarsonne vorgaukelte, daß sie ihnen den „Messing-Fünfer“ als Erfolg anpries.

Nur die Kommunistische Partei logte den Arbeitern sofort, daß die „Dollarsonne“ erhöhte Ausbeutung sei, daß der Messing-Fünfer eine Niederlage sei. Die SPD steht auf Seiten der Kapitalisten. Alle Mittel des Arbeiterbetrugs und der Demagogie wendet sie auf, um die Arbeiter zu betriegen. Macht Schluß mit der SPD; Schluß mit den reformistischen Führern in den Gewerkschaften. Nur unter dem Banner der Kommunistischen Partei werden die Arbeiter stehen.

## Die Klassenjustiz sucht neue Opfer

Der Niederrhein legt gegen Arbeiter

Leipzig, 24. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Vor dem 4. Straßsenat des Reichsgerichts begann gestern ein großer Prozeß gegen 6 Arbeiter aus Pommern. Der Reichsanwalt hat Anklage auf Vorbereitung zum Hochverrat, zum Sprengstoffvergehen, Waffenbesitz und Verabredung zu einem Mord erhoben. Die Verhandlung über die Vorgänge 1923/24 wird mehrere Tage dauern. Einer der Angeklagten ist bereits wegen angeblichen Sprengstoffvergehens auf die Norddeutsche Wesche in Ruckwitz zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, die er gegenwärtig in Gelnau verbüßt.

Die Anklage des Reichsanwaltes baut sich auf die Auslage von 2 Angeklagten auf, die im Prozeß eine mehr als merkwürdige Rolle spielen. Sie behaupten, daß im Frühjahr 1924 in Ruckwitz eine „M-Organisation“ gegründet wurde, daß im Falle des „Zerschlagens“ des Reichsanwaltes und der Bürgermeister verhaftet werden sollte, daß ein geplanter Aufmarsch der Stahlhelfer anlässlich einer Denkmalsenthüllung durch ein „Bombenattentat“ verhindert werden sollte, daß auf einer Sitzung besprochen wurde, einen aus der KPD ausgetretenen Arbeiter „gewaltlos zu beseitigen, weil man von ihm Verrat befürchtete“ und so weiter.

Natürlich wurde weder ein Bombenattentat durchgeführt, noch ein Arbeiter gewaltlos beseitigt, noch das Rathaus besetzt oder der Bürgermeister verhaftet. Die beiden Kronzeugen des Reichsanwaltes haben schon für ihre eigene Haut fürchten müssen und sich gegenseitig schwer belafsen. Jeder behauptet jetzt, der andere sei der Führer der mörderischen Pläne gewesen. Einer hat bereits zugegeben, daß er bei einem Unternehmerrücktritt für eigene Rechnung verhandelt und das Geld für sich persönlich verwandt hat. Die Sitzung wurde für Freitag früh vertagt.

## Die Verteidigung der Sowjetunion

Zum 10. Jahrestag der Roten Armee  
Von Ernst Schneller

Die Verteidigung der Sowjetunion ist von der Partei der Volkswelt wie von der gesamten kommunistischen Internationale jederzeit als eines der wichtigsten Probleme des internationalen Proletariats gewertet worden. Die Rote Armee, die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion können die russische Revolution und den sozialistischen Aufbau nur dann auf die Dauer und mit Erfolg verteidigen, wenn sie die Unterstützung des internationalen Proletariats finden und wenn sie selbst im Bewußtsein, mit dem Willen kämpfen, Träger und Vorkämpfer der Weltrevolution zu sein. In dieser internationalen Verbundenheit mit dem Proletariat, mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten in allen Ländern liegt das Geheimnis der elementaren Kraft und gewaltigen Macht der russischen Revolutionsarmee im siegreichen Kampfe gegen zahlenmäßig und technisch weit, weit überlegene konterrevolutionäre Armeen begründet. So ist es keine bloße propagandistische Geste, wenn die Soldaten der Roten Armee auf den Kampf für die Verteidigung der ganzen Welt, für die Weltrevolution, für den Sozialismus, verpflichtet werden. Diese internationale Verbundenheit, diese revolutionäre Verbundenheit macht die Rote Armee der USSR zu einer Truppe, der die imperialistischen Staaten nichts Gleichartiges entgegenzusetzen können! Die imperialistischen Armeen zwingen die Proletariat zum Waffendienst für den Klassenfeind gegen den Klassenfeind; eiserne Disziplin mit schwersten Strafen an Leib und Leben pressen den Verteidigern zum Kriegsdienst. — Zu dem: die imperialistische Armee ist Ausdruck der Kriegspolitik der Imperialisten und drängt zum imperialistischen Kriege. Die Rote Armee ist Propagandatruppe des revolutionären Kampfes gegen den Klassenfeind, Propagandatruppe für Herstellung und Sicherung des Friedens durch Vernichtung des Imperialismus.

In den zehn Jahren ihres Bestehens ist die Rote Armee als Instrument der proletarischen Diktatur zur Verteidigung der Revolution so zugleich ein revolutionärer Erziehungsfaktor ersten Ranges geworden. Die Reformisten, die für Voicarsé, Kriegs- und Militärgesetze entwerfen, die den imperialistischen Militärbudgets zustimmen, die in Deutschland an der „Entpolitisierung“ und an der Ausgestaltung der Reichswehr zum Instrument der bürgerlichen Republik mitarbeiten, zehren über einen „roten Imperialismus“. Zugleich aber können diese braven Lakaien der Trustbourgeoisie über die Abrüstungsvorschläge der Sowjetregierung, die utopisch und lächerlich seien. Die Rote Armee der Arbeiter und Bauern ist revolutionäre Propagandatruppe dieser Abrüstungsvorschläge, wie die Propagandatruppe der Herstellung des Friedens ist: Abrüstung auf dem Wege des Sturzes der Imperialisten, Frieden durch die Revolution!

Die Helben der 2. Internationale, die durch Propaganda für den Völkerbund Hindenburgs, Voicarsés, Baldwin, Mussolinis, Pilsudkis usw., dem Frieden zu dienen vorgaben, die in Resolutionen die Lösung „Hände weg von Sowjetrußland“ mit der Forderung „Einführung der Demokratie in Sowjetrußland“ verbinden, sie sind vor zehn Jahren und während des Jahrzehnts auf Seiten „ihrer“ Bourgeoisie gestanden, sie haben die Streiks (zum Beispiel Munitionsarbeiterkämpfe in Wien und Berlin 1918) gegen imperialistischen Krieg und zum Schutze der russischen Revolution genau so abgewürgt, wie sie heute eine breite aktive Solidaritätsbewegung mit der Sowjetunion zu hintertreiben, zu spalten und sprengen versuchen. Und das auf gerade kommt es heute mehr als je an, daß das internationale Proletariat den Kampf zur aktiven Solidarität mit der Sowjetunion zu führen versteht.

In nicht geringem Maße hat die eine Erfahrung der breiten internationalen Solidaritätsbewegung für die Sowjetmacht (1918, im polnisch-russischen Kriege 1920, während der Hungersnot 1920/21) die internationale Bourgeoisie mit dazu gezwungen, von der bewaffneten Intervention gegen den ersten Arbeiterstaat abzulassen, die offene, unmittelbare Niederschlagung der chinesischen Revolution (etwa wie vor 28 Jahren) zurückzustellen (dafür allerdings um so energischer die weißen Generale zu unterstützen), schließlich die gesteigerten Kriegsvorbereitungen mit Abrüstungs-, Sicherheitskonferenzen und Friedensreden zu maskieren. Daraus ergibt sich für die Arbeiterschaft die Lehre, daß der Kampf für den Frieden nicht im Nachbeten der Völkerbundstrahlen von Stresemann, Briand, Boncour, Breitscheid u. Co. bestehen kann, sondern in der Mobilisierung der breiten Massen gegen diesen Schwindel und für den Schutz der Sowjetunion.

Das dringendste Problem für die imperialistischen Mächte, insbesondere für England, ist die Verbindung auch für Deutschland, ist die Unterbindung

Jeder „Störung“ ihrer imperialistischen Politik durch das Dasein und die Politik der Sowjetunion, ist die Lösung des „Dilemmas“, das heißt die Vernichtung der Sowjetmacht.

Zehn Jahre Rote Armee, zehn Jahre Verteidigung der proletarischen Diktatur, Sicherung des sozialistischen Aufbaus — das kann für uns nicht nur heißen, die gewaltigen Leistungen der roten Soldaten der Revolution zu feiern, das bedingt einen entschiedenen Kampf gegen Militarismus und Imperialismus, gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes das verlangt Aufdeckung der geheimen Rüstungen und Kriegsvorbereitungen jeder Art, verlangt antimilitaristische Aufklärung des werktätigen Volkes, insbesondere der Jugend, der Frauen, Kampf den pazifistischen Illusionen, den sozialimperialistischen Verwirrungsmanövern und ihrer Völkerverbündungs-„Abrüstungs“-Kampagne.

So wie die Rote Armee unter der Führung der Kommunistischen Partei (neben der Kommunistischen Jugend, Gewerkschaften, Sportlern usw.) die russischen Arbeiter und Bauern im Geiste der revolutionären internationalen Solidarität erzieht, so müssen wir den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie energischer und klarer in eben demselben Sinne durchzuführen: Schuß der Sowjetunion ist nicht eine ferne, vielleicht irgendwann einmal an uns herantretende Aufgabe: Schuß der Sowjetunion ist die aktuelle Aufgabe im Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik, gegen die Aufrüstungsarbeit der deutschen Bourgeoisie, gegen die Reichswehrpolitik der Hindenburg, Groener, Scheidemann, Lobe, gegen die Einkreisungs- und Interventionspolitik der internationalen und deutschen Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Propagandisten (von Boncour-Kautsky bis Breitscheid).

Wir grüßen die roten Arbeiter- und Bauernsoldaten, wir grüßen die Arbeiter und Bauern der Sowjetmacht zum zehnten Jahrestage der Gründung der Roten Armee, einigend unserer revolutionären Pflicht, die Sowjetmacht durch Fortwärtstreiben der Revolution im eigenen Lande, durch zähen Kampf gegen Imperialismus und Militarismus, gegen Faschismus und Reformismus sichern und verteidigen zu helfen, im Bewußtsein, daß wir wie die Rotarmisten zur Armee der Weltrevolution gehören.

### Steigen der Getreideeinkäufe in der USSR

Vont schätzungswelcher Statistik des BR für Handel in der USSR sind die Getreideeinkäufe in der Zeit vom 5. bis 10. Februar im Vergleich zu den vorhergehenden 5 Tagen um 7,8 Prozent gestiegen. Es wurden circa 328 000 Tonnen eingekauft, gegen 308 857 Tonnen in der Zeit vom 1. bis 5. Februar.

Die Getreideeinkäufe in der Ukraine sind um 11,2 Prozent gestiegen. Eine bedeutende Zunahme ist in Sibirien zu verzeichnen — 28,8 Prozent.

Auch in dem zentralen Ackerbaugelände und im Ural haben die Getreideeinkäufe zugenommen.

Der organisierte Charakter der Getreidezufuhr hält an. Lange Wagenreihen mit roten Fahnen, Plakaten und Slogans geschmückt, bringen das Getreide zu den Magazinen. Auf einer Höhe im Nordkaukasus lautete die Inschrift: „Ein voller Getreidehaufen ist unsere Antwort an Chamberlain.“

Vieles Aufsteigen des Getreideaufbaus zeigt, daß die Sowjetregierung mit aller Energie die Knappheit in den Städten bekämpft, zeigt, daß sie auf dem Wege ist, diese zu überwinden. Die Hoffnungen der Menschheits werden auch diesmal erfüllt werden, nicht die Bauern, wie die Volkszeitung schreibt, sondern die Arbeiter und die werktätigen Bauern werden die Macht behalten.

### Vertrachte SPD-Verfassungen

Die SPD hatte mit viel Agitationsaufwand gestern zu zwei Versammlungen nach dem Kristallpalast und dem Reichsbanner aufgerufen. Der Besuch der Versammlungen war trotz der großen Agitation, trotz der Anklündigung bekannter Redner ein mäßiger. Im Kristallpalast waren circa 240 Personen, im Reichsbanner 250 bis 400. Ein solcher Besuch stellt einen Bankrott der SPD dar. Die Arbeiter wollen die Phrasenreden nicht hören.

## Der Vorwärts ereifert sich für den Monarchen

### Eine Unterredung mit königlichem Gefolge

Ein Vertreter der Welt am Abend hatte mit einem Begleiter des afghanischen Königs, der gegenwärtig in Berlin weilt, eine Unterredung über die Stellung Afghanistans innerhalb der Weltpolitik und inbesondere gegenüber dem englischen Imperialismus. Unter anderem wurde bei dieser Unterredung dem Vertreter der Welt auf seine Frage der augenblicklichen Verhältnisse Afghanistans zu England folgende bezeichnende Erklärung gegeben: „Ohne die Abhilfe, Ihr Nationalgefühl zu verletzen, möchte ich meine Antwort auf Ihre Frage mit der Erklärung schließen: Afghanistan ist sicherlich weniger abhängig von England, als das leider Deutschland sagen kann und in seiner Politik zu erkennen gibt.“

Nach der Frage über den Zweck der Reise des afghanischen Königs wurde dem Vertreter der Welt geantwortet: „Das ist nun wirklich eine schwierige Frage! Ich möchte meine Antwort darauf als eine Annahme, nicht als Meinung des Königs, kennzeichnen und mit dieser Einschränkung erklären, daß als unmittelbarer Anlaß die dauernde Kriegsgefahr an uns und den englisch-russischen Grenzen im Vordergrund für die Bewirtlichung der Weltreise gestanden haben muß. England gibt sich mit der erkämpften Lage von 1921 (in diesem Jahre erlangte Afghanistan seine Unabhängigkeit von England) nicht zufrieden und hebt dabei über unser Land und unsere Grenzen hinweg nach Rußland. Wir Afghanen glauben fest an einen englisch-russischen Krieg, denn wir sehen dafür die englischen Vorbereitungen in Indien: Bauten von strategischen Straßen, Eisenbahnen und Truppenlagern. Bei der englisch-russischen Auseinandersetzung wird es aber auch um die Selbständigkeit Afghanistans gehen. Das wird einem so ausgezeichneten Politiker wie dem Khan stets gegenwärtig sein.“

Der heutige Abendnormale gibt gewissermaßen die Antwort auf die Neuerung des obigen afghanischen Vertreters, „daß Afghanistan sicherlich weniger abhängig von England sei als Deutschland“, indem er sich furchtbar darüber empört, daß es der deutsche nationale Bürgerkriegsminister Herzt gewagt habe, eine Besprechung mit dem König der Afghanen zu haben, ohne darüber das auswärtige Amt zu informieren. Besonders entrüstet ist das Stauferblatt darüber, daß Herzt in seiner Unterredung mit dem afghanischen König auf die „Ketten des Versailler Vertrags“ hingewiesen habe, unter denen Deutschland leide, und daß Deutschland deswegen auch das afghanische Volk sehr gut verstehe, weil auch Afghanistan in einem dauernden Kampfe um seine Freiheit und um die Unabhängigkeit des Landes (gegenüber England) stehe. Da Deutschland „ein Staat in Trauer“ sei, so äußerte sich Herzt, hätte auch die äußere Gestaltung des Empfangs des Königs nicht so läppig sein können, wie es in Rom und Paris der Fall gewesen sei.

Der Vorwärts läßt sich kaum bemühen, über die Besprechung, die Berlin nach die Neuerung Herzts wegen des „nur einfachen Empfangs“ erlitten habe, bittere Tränen zu weinen, und dann bezeichnet der Vorwärts als Förderer und

## Zur Betriebsrätewahl bei der Reichsbahn

Am 25. und 26. Februar finden die Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn statt. Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß die diesjährigen Wahlen unter dem Zeichen eines starken Angriffes der reaktionären Hauptverwaltung gegen die Rechte der Betriebsvereinigungen stehen. Reichsverkehrsminister Koch, der gleichzeitig Mitglied der christlichen Gewerkschaft ist, hat durch einen Erlass, der nicht ohne Zutun der Reichsbahnhauptverwaltung zustande kam, angeordnet, daß die Wahlen an dem obengenannten Termin stattfinden. Das bedeutet eine Verzögerung der Amtsdauer der jetzigen Betriebsräte um ein Vierteljahr. Die jetzigen Betriebsräte wurden gesetzlich auf ein Jahr, also bis Mitte Mai, gewählt. Gegen diesen Rechtsbruch wurde vom Hauptvorstand des Einheitsverbandes Einspruch erhoben. Das Arbeitsgericht entschied zugunsten der Betriebsräte. Da aber dieser Erlass aufrechterhalten wird, beschließt sich nunmehr das Reichsarbeitsgericht mit dieser Angelegenheit. Der Hauptvorstand des Einheitsverbandes bringt im Verbandsorgan zum Ausdruck, daß kein Zweifel darüber besteht, daß das Reichsarbeitsgericht das Urteil der Reichsbahnhauptverwaltung aufheben wird. Es kann sich nun die sonderbare Frage ergeben, daß die am 25. und 26. Februar stattfindende Wahl für ungültig erklärt wird, und die alten Betriebsräte bis Mai weiter amtierend, also im Mai nochmals gewählt werden muß. Was sind nun die tieferen Gründe dieser reaktionären Maßnahme? Der Erlass besagt, daß die Amtsdauer der Betriebsräte dem Geschäftsjahr der Verwaltung angepaßt werden müsse, und eine Geschäftsvereinfachung bedeute. Daß das aber nicht die Gründe sind, ist mittlerweile aufgedeckt worden, man will der freien Gewerkschaftsbewegung Schwierigkeiten machen und den sich immer stärker bemerkbar machenden Kampfgeist der Eisenbahner brechen. Dazu boten die christlichen und kirchlich-dünkelnden Gewerkschaften die Hand, und mit ihnen zusammen wurde der „saubere“ Plan geschmiedet. 70 000 Zeitarbeiter sind Wähler der freigewerkschaftlichen Liste, mit dem Erlass des Verkehrsministers für eine Verletzung des Wahlrechts wurde auch gleichzeitig das Wahlrecht der Zeitarbeiter nach dem Betriebsrätegesetz geändert. Dadurch erwarten die Christen und Hirische eine bessere Verhältniswahl (Diktator), um somit mehr Mandate zu erreichen. Wir sehen also ganz klar

### Die Fälschung der gelben Empfindlichkeit durch die Verwaltung.

Das ist das eine Zeichen des verärferten Angriffes der Reaktion. Die Eisenbahner müssen aber weiter erkennen, daß dieser Angriff sich auf die gesamten sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen ausdehnt. Im Bezirk Sachsen haben wir den besten Anhaltspunkt, man läßt den Eisenbahner unter den raffiniertesten Rationalisierungsmethoden weisfalten, die Geduldige werden geläst, und Antreibermanieren schimmern. Bei den Tagesordnungen, was in Sachsen zutrifft, gilt selbstverständlich auch für das ganze Reich. Die neueste Ermüdung auf dem Gebiete der Ausbeutung gelangt auch bei der Reichsbahn zur Einführung. Der Zeithälter wird, trotzdem er keine ganze Kraft in den Dienst der Ausbeutung stellt, nicht mehr für zuverlässig genug gehalten. Der Diagnostiker, so nennt sich der Apparat, wird in Tätigkeit treten, er wird jede Bewegung und jeden Handgriff, jede kleine Ruhepause des unter der harten Iron lebenden Arbeiters kontrollieren.

Die Eisenbahner führten vor Weihnachten in Dresden und im Saargebiet einen erbitterten Kampf, sie fanden im Streit gegen diese menschenunwürdigen Verhältnisse. Durch diesen Angriff gegen die Reaktion wurden wohl einige Zugeständnisse erzwungen, aber diese sozialistischen Kämpfe konnten nicht so bringen, was als Zielsetzung der Eisenbahner gestellt war. Vor den Eisenbahner stehen ungeheure Aufgaben, die sie in Verbindung mit der übrigen Arbeiterschaft durchzuführen müssen, müssen sie nicht weiter ins Elend hinabsinken. Jede Wäre läßt der Vorkurs des Reichslohntarifvertrages ab, er wurde von den vertrittenden Arbeiterorganisationen genehmigt. Die Zustimmung der Reichsleitung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands an die Presse, beschriftet: „Beachtliche Erregung beim Eisenbahnerpersonal“, stellt ganz richtig die steigende Empörung der Eisenbahner fest. Aber wir erlauben uns die bescheidene Anfrage, wie man die unerträglichen langen Dienstzeiten beseitigen will, wenn man neben dem Lohn nicht auch das Arbeitsverbot aufkündigt. In einem Rundschreiben des Hauptvorstandes wird darauf hingewiesen, daß alle Kraft der Organisation auf die finanzielle Verbesserung einwirken soll, die Arbeitszeitfrage (also dieser beinahe unüberwindliche Zustand), ist sehr wichtiger Natur sei.

Die Eisenbahner sind der Meinung, daß beide Fragen untrennbar sind und Hauptgegenstand des kommenden Kampfes sein müssen.

Die Reichsbahnhauptverwaltung ist hatzünftig und wird es bleiben, auch hier geben wir der Zukunft Recht, die Verwaltung

kann auch einem annehmbaren Zugeständnis gar nicht geneigt sein, die Forderungen der Eisenbahner finden die gleiche Verteilung, wie die gegenwärtigen Forderungen der mittelständlichen Metallarbeiter durch ein und dieselbe Stelle, und zwar der deutschen Industrie. Der Großindustrielle Herr von Siemens, als Mitglied im Verwaltungsrat der Reichsbahn, bestimmt, was das belagert alles. Daraus müssen die Eisenbahner erkennen, daß ihr Kampf ein eminent wichtiger, daß ein voller Erfolg nur möglich ist, wenn sie die tiefen politischen Zusammenhänge erkennen, die bei den mitteldeutschen Kämpfen auch offen zutage traten. Wir befürchten auch bei den kommenden Kämpfen ein Kapitullieren der Reformisten vor diesen Industriemagnaten. Darum ist es notwendig, die Eisenbahner mit den Arbeitern anderer wichtiger Industrien, wie Bergbau, Staats- und Gemeindebetrieben usw. zu

### Einem geschlossenen Kampfblod

zusammenzuschließen.

Die Arbeiterschaft hat die Aufgabe, die Zeit bis zu dem Ablauf der Tarife auszunutzen und den Kampf gründlich vorzubereiten. Wir haben als Ausgabe nicht die Aufgabe, „Konflikte mit so schweren Folgen zu vermeiden“, wie es in der Zukunft heißt, sondern, daß diese Konflikte, die durch die Pronokation der herrschenden Klasse heraufbeschworen werden, durch eine einmütige Kampfparade aller Ausbeuteten zur reiflichen Erfüllung der Forderungen der Arbeiter ausgenutzt werden. Aus diesen notwendigen Erkenntnissen heraus muß auch die Wahl der Betriebsräte unter dem Zeichen der Mobilisierung der Arbeiter für ihre Lebensforderungen stehen.

Eisenbahner, wenn ihr so die Wahl durchführt, daß ihr nicht nur die Aufgaben auf ein lokales Gesichtsfeld stellt, werdet ihr auch dem kommenden Kampf gerüstet gegenüberstehen.

Darum, Eisenbahner, geht reiflos zur Wahlurne, gebt der freigewerkschaftlichen Vorkursliste „Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands“ eure Stimme, keine Stimme den anderen Listen, den Christen und Hirischen und den auf Grund ihrer Politik zur Untätigkeit verurteilten Industrieverbänden. In Verbindung mit der Wahl der freigewerkschaftlichen Vorkursliste kämpft dann weiter für den Ausbau der freien Gewerkschaft zu einem wirklichen Instrument des Klassenkampfes.

### Das Zentrum kündigt seine Forderungen an die Koalition an

Die Arbeiterische Volkszeitung beschäftigt sich in einem Artikel, betitelt „Voraussetzungen“, mit der zukünftigen Regierungskonstellation im Reich und in den Ländern, und schreibt u. a. dazu:

„Wenn heute vielfach die künftigen Regierungen im Reich und in Preußen als solche der Großen Koalition mit einer Sicherheit bezeichnet werden, die an Selbstverständlichkeit grenzt, so wollen wir jedoch nicht unterlassen, abermals darauf hinzuweisen, daß die Vorbereitungen dafür nicht ohne weiteres gegeben sind, sondern erst geschaffen werden müssen. Auch jede neue Koalition wird sich zunächst einmal auf gewisse Richtlinien oder auf ein Programm einzeln müssen, und das Zentrum wird dabei keine kulturpolitischen Grundzüge nicht einfach in die Ecke stellen können.“

Die Zentrumspolitik wissen was sie tun. Mit diesen Ausführungen offenbaren sie ihren Willen, auch in einer Regierung der Großen Koalition, in der die Sozialdemokraten sitzen, in den Fragen ihrer reaktionären Schul- und Kulturpolitik keineswegs irgendwelche Zugeständnisse machen zu wollen. Sie werden sicher bei den Sozialdemokraten für ihre reaktionären Pläne großes Verständnis finden, wie bisher die sozialdemokratischen Politiker schon die härtesten Förderer der reaktionären Kulturpolitik des Zentrums gewesen sind.

### Verfälscherungsgefahr

#### Kommunistenhege — Trotskineherziehung

Es ist eine altbekannte Taktik der Spitzhuten, daß sie, wenn sie sich in der Klemme befinden, zu schreien anfangen, „Haltet den Dieb“. Die Sozialdemokraten stimmen in Anbetracht der heranrückenden Wahlkämpfe dieses Geschrei mit doppeltem Eifer an. Der Wahlkampf der SPD geht unter der Parole: gegen die Kommunisten. Darauf richtet sich die SPD jetzt schon ein. Die Verherrlichung des Trotskismus, die jetzt in der Volkszeitung wahre Orgien feiert, gehört auch zu dieser Tätigkeit. Jeden Tag bringt die Volkszeitung heute Aussprüche aus der Geschichte der Revolution von 1905 von Leo Trotzki. Dabei verweigert man den Lesern vorläufig, daß es sich um die Tagebuchaufzeichnungen von 1906 handelt, die vor einigen Tagen schon das 8-Uhr-Blatt, aber mit dem ausdrücklichen Vermerk, daß es sich um Aufzeichnungen von 1905 handle, abdruckte. Die Volkszeitung will mit dem Verschweigen bei den Lesern den Glauben erwecken, es handle sich um die neuesten Aufzeichnungen. Jeder aufmerksame Leser weiß, daß es jetzt keine zu verbannende Grafen und Generalgouverneure in Rußland gibt. Mit der Bande wurde schon vor zehn Jahren Schluß gemacht. Wie uns aber mitgeteilt wird, wird von SPD-Lesern behauptet, es handle sich um neue Aufzeichnungen. Damit wird aber nur die geistige Einstellung der SPD-Leser gekennzeichnet, sie sind der Redakteure der Volkszeitung würdig. Sie schluden gedankenlos jeden Korb. Die Verherrlichung Trozki durch Kapitalisten und Menschweiden in Deutschland zeigt aber jedem Arbeiter, wohin Trozki's Treiben führt.

Auf der ersten Seite bringt die Volkszeitung gestern eine große Hehe wegen der Haltung der KPD zu den Wahlen in Frankreich. Die KPD will keine Kommunisten, wohl aber bürgerliche unterstützen. Sie erklärt Koalitionspolitik auch in Frankreich zu machen. Zu dieser Schandpolitik verlangt sie die Unterstützung der Kommunisten.

Da dies die Kommunisten ablehnen, wüten die Sozialdemokraten gegen die Kommunisten. Die SPD verweigert bei ihrer Hehe den Beschluß des Parteitag der KPD, keine Kommunisten zu unterstützen. Wenn die Sozialdemokraten von kommunistischer Selbstmordtätigkeit schreiben, dann erklären sie doch wohl nur, daß Klassenkampfpolitik Selbstmord ist. Sie haben, weil die Kommunisten nicht den Ministerialismus und die Koalitionspolitik mit dem Bürgertum der SP in Frankreich unterstützen.

### Vor einem Lohnkampf der tschechischen Metallarbeiter

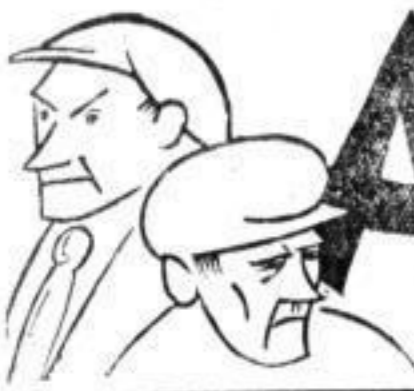
Der Sekretär des tschechisch-slowakischen Metallarbeiterverbandes erklärte gegenüber Pressevertretern, daß der Kampf der deutschen Metallarbeiterzeitung ein lebhaftes Echo bei den tschechischen Metallarbeitern der Tschechoslowakei gefunden habe. Der Verband habe bereits beschlossene, den deutschen Metallarbeitern moralische und finanzielle Hilfe zu gewähren. Der Ausschuss sei ermächtigt worden, nicht nur aus den vorhandenen Fonds, sondern auch aus den Einnahmen einer außerordentlichen Steuer den Kampf der deutschen Arbeiter zu unterstützen. — In den nächsten Tagen wird der Metallarbeiterverband den tschechisch-slowakischen Metallindustriellen seine Forderungen unterbreiten, und es sei bei der Partnädigkeit der Metallindustriellen, die den deutschen Schaffmachern in nichts nachstehen, mit dem Streik von 50 000 Metallarbeitern hart zu rechnen.

Diese Solidaritätserklärung des tschechisch-slowakischen Metallarbeiterverbandes, deren finanzielle Unterstützung und ihr notwendiger Kampf zeigen der deutschen Arbeiterschaft klar, denn die schamlosen Berratt der KPD, und KPD-Gläubiger am tschechischen Metallarbeiterkampf und stellen ihn erst in rechte Licht.

Hindenburg trüftet sich...



Wetter ein afghanischer König in Auto als einen deutschen Kaiser in Doorn



# Achtgroßchenjungen

von Argus

Unternehmenspläne in den Dresdner Industriebetrieben

## Spiegel Heinrich und „feine“ Firmen

Auch das

### Gashenwerk Niederseßlich

hat Wlisa Heinrich „bedient“. Aus seinen Tagebuch-Notizen geht hervor, daß er am 14. Juli 1927 und am 3. November 1927 Berichte angefertigt hat. Als er am 14. Juli nach dem Betrieb gefahren ist, hat er 1,20 Mark und für das zweitmal 1,80 Mark für Fahrgehd eingest. Eine andere Quittung lautet auf 2,25 Mark Fahrgehd für einen „Besuch“ des Betriebes.

Bei der

### Firma Gea

(Zweigwerk Schmiedeberg)

ist der Spiegel am 15. Juli 1927 gewesen - auch dieses Datum hat er in seinem Notizbuch eingetragen. Wenn die Spiegelanten Heinrich über diesen Betrieb auch keine Berichte verzeichnen, so ist doch ohne Zweifel anzunehmen, daß er auch in diesem Falle irgendwelche „Informationen“ fabrizierte. Für das Hauptwerk hat er nach seinen Notizen bereits im Juli 1926 „gearbeitet“. Die Belegschaft dieser Betriebe ist jedenfalls gewarnt. Der

### Gardinenfabrik Dobritz

hat dieses erbärmliche Subjekt am 12. und 16. Juni 1926 Berichte über die Stimmung und Führung der Arbeiter geliefert. Daraus geht also hervor, daß der Spiegel schon seit langer Zeit in den Dresdner Industriebetrieben sein Unwesen treibt. Nähere Angaben über den Betrieb Gardinenfabrik sind uns gegenwärtig nicht zur Hand. In dem Kreis der Finkerton-Stundischen fehlt selbstverständlich auch die

### Firma Dyckerhoff & Widmann

nicht. Am 3. November 1927 ist Heinrich nach dem Betrieb gefahren und hat dafür 2,10 Mark für Fahrgehd quittiert. In die Firma

### Deutsche Werkstätten AG. Selterau

ist von Heinrich ebenfalls ein Bericht abgegeben worden. Aus seinen Aufzeichnungen ist zu ersehen, daß er diese Arbeit angeblich an den Direktor W. Schmidt abgeliefert hat. Auch die

### Firma Küttner in Pirna

hat behilflich. Am 17. November ist Heinrich in diesem Betrieb „berufsmäßig“ gewesen und hat dafür mehrfach Fahrgehd eingekassiert, unter anderem einmal 1,80 Mark und einmal 1,40 Mark. Auch in der

### Gächsischen Gußstahlfabrik AG. Freital

ist Heinrich gewesen. Aus seinen Notizen geht hervor, daß er sich mehrfach in Freital herumgetrieben hat und dafür Auslagen und Spesen quittierte. Die Gußstahlhütte, die jetzt ihre Belegschaft brutal auf die Straße geworfen hat, weil sie sich weigerte, zu den eienenden Bedingungen des Schiedspräsidenten zu arbeiten, hatte genügend Geld, um die Arbeiter von Achtgroßchenjungen auszuhorden und beschleunigen zu lassen. Die Hüttenarbeiter sollen das der Direktion, insbesondere dem Herrn Pampel nicht vergessen.

Außer der intensiven Tätigkeit in Dresden und Umgegend war der Finkerton-Spiegel auch auswärts tätig. Sein Gebiet erstreckte sich wahrscheinlich auf ganz Sachsen. Weil das Spiegelmaterial über die Chemnitzer Betriebe für die ostfriesische Arbeiterschaft weniger interessant ist, beschränken wir uns zunächst noch darauf, einige Dokumente über die Tätigkeit dieses Achtgroßchenjungen in ostfriesischen Betrieben der Arbeiteröffentlichkeit zu übergeben. Hier ist zunächst ein Bericht über die

### Firma August Walter u. Söhne

Rechglasfabrik in Ottendorf-Okrilla.

Bericht vom 28. 10. 27 über Firma August Walter u. Söhne, Rechglasfabrik in Ottendorf-Okrilla bei Dresden.

Die Feststellungen haben ergeben, daß im Betrieb eine Zelle besteht, aus 4 Hauptpersonen, als Leiter der Zelle, und eingetragener Vorkassierer der Arbeiterzeitung ist Arthur Wirth, Textilwarengesch., nicht im Betrieb, die Betriebstätigen Zellenmitglieder sind Paul Knöfel, Lunke und Kowow, diese Haupt Zellenmitglieder werden außerdem von 6 Sympathisierenden, aus dem Betrieb unterstützt. Durch die eigenen Vorkassieren mit dem Betriebsrat Knöfel und mit Arthur Wirth ergab, daß zur Zeit nichts gegen die Zeitung vorliegt, aber man beabsichtigt von leitens Arthur Knöfel, das er eine Ortszeitung gründen will, um in dieser Zeitung gegen die Betriebe, bzw. die Privat-Verhältnisse der Direktion zu veröffentlichen, hauptsächlich W. Walter, weshalb er dieses macht, gibt er nicht an."

Wir geben dieses Dokument besonders deshalb wieder, weil es wie kein anderes den Beweis erbracht hat, mit welcher Frechheit, Skrupellosigkeit diese Berichte zusammengetragen wurden, und wie die Achtgroßchenjungen sich absolut nicht darum kümmern, wenn

die Unternehmer angegründelt

wurden, daß ihnen die Augen übergehen mußten. Uns kann das aber gleichgültig sein. Was uns interessiert, ist, der Arbeiterschaft an diesen Beispielen zu zeigen, wie und mit welcher Gemeinheit diese erbärmlichen Wichte zu Werke gehen.

Wie stellen zunächst fest und unser Genosse Arthur Wirth, der das Spiegelmaterial einzusehen Gelegenheit hatte, ermächtigt uns, mitzuteilen, daß er nie mit diesem Subjekt ein Wort geredet hat und die Angaben des Spiegels, er habe mit dem Genossen Wirth gesprochen, wahrscheinlich nur deshalb gemacht wurden, um die „Glaubwürdigkeit“ seiner Berichte nachzuweisen. Die Angaben über die Person des Genossen Wirth, seine Wohnung, seine Beschäftigung und politische Betätigung konnte in Ottendorf-Okrilla jedes Kind machen, da Genosse Wirth öffentlich politisch unter anderem als Gemeindevorsteher tätig ist. Die genannten Paul Knöfel, Lunke und Kowow haben niemals mit der RPD etwas zu tun gehabt. Knöfel sowohl als auch Lunke sind als fanatische

## Sozialdemokratisches aus Freital

Freital, am 23. Februar.

Große Worte - kleine Taten! Daran erkennt man die SPD - besonders die linken Freitaler Reklamemitarbeiter.

Im Freitaler Stadtparlament regiert die SPD in der „kleinen“ oder auch „großen“ Koalition - mit den Demokraten und mit den deutschnationalen Gruppierungen der äußersten Rechten. Der gemeinsame Kampf gilt den Kommunisten. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister Klimpel, dem die deutschnationalen anlässlich seiner Wiederwahl noch ein Vertrauensvotum entgegenbrachten, ist der Wacker vom Ganzen. Nach seiner Pleite sangte die SPD-Fraktion im Stadtparlament unter Führung des „neuren“ Rudolf in nun „bezogen“. Die parlamentarische Schicksalsfigur des „ehemaligen Parteisekretärs“ hat nach jahrelangen Unterstellungen den Genid gedrohen. Der sozialdemokratische Großsprecher im Plenum ist „abgetreten“. Nachdem man verächtlich den Stempel so lange als möglich zu verwickeln, kam der Schwindel heraus. Die Arbeiterstimme löste der SPD-Presse die Zunge. Die SPD gab die bis heute noch immer nicht zahlenmäßig festgestellten Beträge, die annähernd 10000 Mark betragen sollen. Jetzt rufen die Freitaler SPD-Großen selbstverständlich von Rahmig ab und verläschen, ihn von ihren Hochsätzen zu schütteln. Als Kommunistenleiter war er ihnen gerade recht. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die fortgeschrittenen Beträge Rahmigs nur möglich waren, weil sich die Reklamen in ihrem unbegrenzten Vertrauen zu dieser Leuchte in unverantwortlicher Weise haben täuschen lassen.

Inzwischen hat es in der SPD zur Abwechslung mal ein familiäres Intermezzo gegeben. Anlässlich der Mandatsübertragung des sozialdemokratischen Stadtrates Wirth hatten sich die „führenden Köpfe“ zu einer Feiertagsfeier zusammengelunden, um dem aus Amt und Würden scheidenden Parteigenossen eine entsprechende Ehrung zuteil werden zu lassen. Auch andere Jubilare waren geladen. An die Feiertagsfeier sollte sich ein „kleines Essen“ anschließen. Für den Stadtrat A. D. war ein großer Blumenkorb bestellt worden. Als die Feiertagsfeier beginnen sollte, fehlte noch immer der Stadtrat A. D., dem die „Ehrung“ zuteil werden sollte. Die Herrschaften, die versammelt waren, warteten. - Als die Zeit immer mehr vorrückte und der „Ehrentag“ noch immer nicht erschien, wurde man nervös. Das Teleskop wurde in Tätigkeit gesetzt. Vergeblich waren alle Bemühungen der Herren Wenz und Bräuer. Stadtrat Wirth ließ die Herrschaften unter sich, versichtete auf die Blumenkörbe und das Essen, betraute ging die Feiertagsfeier auseinander, und am nächsten Tage sah man den Stadtrat in der Dierische die Blumenkörbe der „Genossen“ nach dem Bestimmungsort tragen.

So hatten beide Teile ihren Korb. Rechte Freude soll's aber auf keiner Seite gegeben haben.

Jetzt einige Worte zu einem anderen Kapitel. Wir betrachten ein wenig die Praxis sozialdemokratischer Gemeindepolitik. Da haben wir z. B. die berühmte Wohlfahrtspflege, die bei jeder postenden und unpassenden Gelegenheit über das Bohnenlied herausgetrieben wird. Die Praxis des Herrn Klimpel wird auch auf diesem Gebiet als das offenkundigste Evangelium sozialdemokratischer Gemeindepolitik angepriesen. - Lautstimmige Reklame ist nichts dagegen! Wehe dem, der es wagt, die Sonde der Kritik anzulegen. Der hat's nicht! Herr Kowow, der Geschäftsführer des Zentralverbandes der Arbeitlosen, mußte es erfahren, als er in einem Artikel in der Arbeiterstimme die Methoden sozialdemokratischer Wohlfahrtspflege anprangerte. Sofort nahm der „Rat“ Stellung, und in der Freitaler Volkszeitung war bald darauf zu lesen, daß alle in dieser Ordnung sei. Als besonderes Stufenpferd reitet man in Freital die „hohen“ Unterstützungssätze der Wohlfahrtspflege. Wie aber die Praxis der Wohlfahrtspflege aussieht, verspüren nur die Unterstützungsempfänger oder ihre Angehörigen.

Gegner der RPD bekannt. Knöfel ist langjähriger SPD-Mann und „Kommunistenfresser“. Das hindert aber den Spiegel nicht, die Betreffenden der Firma als „Hauptzellenmitglieder“ zu denunzieren. Lunke ist Betriebsobmann und gehört politisch zur SPD. Kowow ist nach unseren Erkundigungen parteilos und war früher im Betriebsrat tätig. Was Knöfel mit der Gründung einer Ortszeitung zu tun haben soll, entzieht sich unserer Kenntnis. Auch in diesem Falle scheint es sich um ein Hirnspinnst des Spiegels zu handeln.

Die Firma Walter u. Söhne wird, wenn sie den Bericht in die Hände bekommen haben wird, über die Wichtigkeit des Inhalts und seines Verfassers nicht wenig erstaunt gewesen sein, weiß sie ja doch besser wie jeder andere, wie gut sie mit Knöfel und Lunke auskommt und mit den beiden die beste Werksgemeinschaft im Interesse des Unternehmers gebildet ist. Wir gratulieren der Firma Walter u. Söhne zu diesem Erfolg, und die Arbeiterschaft kann nur darüber nachdenken und urteilen, wer niederträchtiger und gemeiner handelt in der Bekämpfung der Arbeiterschaft - der Achtgroßchenjunge als Spiegel der Firma - oder der Auftraggeber.

gen, die man in der weitgehendsten Weise zur Unterhaltungspflicht bzw. zur Rückerstattung der aufgewandten Wohlfahrtsunterstützung heranzieht. Dabei sei insbesondere auf die Richtlinien über das Verfahren bei Berechnung der Unterstützungssätze für Sozial- und Kleinrentner hingewiesen, nach denen Angehörige, die den Haushalt des Unterstützungsempfängers teilen, zu den Unterhaltsbeiträgen herangezogen werden, wenn ihr Nettoverdienst wöchentlich 20 Mark beträgt. Angehörige, die nicht den Haushalt des Unterstützungsempfängers teilen, werden zu Unterhaltsbeiträgen dann herangezogen, wenn ihr wöchentliches Einkommen bei Ledigen 30 Mark und bei Verheirateten 40 Mark netto übersteigt. Auch die Beiträge aus Invalidenrente und Pensionen werden sämtlich angerechnet. Darunter fallen auch Unterhaltungen, die der Unterstützungsempfänger in Geld oder Naturalien und sei es nur durch Mittagessen, von irgendwelcher anderer Seite empfängt. Außerdem aber führt sich die Stadt selbst bei Sozialrentnern, wenn sie ein kleines, wenn auch noch so beschriebenes Häuschen durch Eintragungen von Zwangssparbüchern die Rückerstattung der aufgewandten Unterhaltsbeiträge. In welcher Weise der so-

## Sozialdemokraten über Rußland

Merke Parteigenossen und -genossinnen!

Mit großer Genugtuung haben wir, daß die Klasse, der wir angehören, in Sowjetrußland die Staatsmacht in Händen hat.

Wir haben erkannt, daß in Rußland durch die Diktatur der Arbeiter eine wirkliche und wahrhaftige Demokratie geschaffen wurde.

Wir erkannten, daß die sozialistische Staatsform von den breiten Massen getragen wird, die gar nichts anderes wollen.

Von dem Offenen Brief acht sozialdemokratischer Rußlanddelegierten.

zialdemokratische Wohlfahrtsdelegierten Dr. Wolf die Belastung des Wohlfahrtsrats zu verhindern und die Wohlfahrtsausgaben der Stadt abzumildern versucht, das zeigt folgendes Schreiben, das die Frau eines unserer Genossen dieser Tage erhalten hat. Hier ist es:

Freital, am ... 1928.

Frau ... Hier ...

Ihr hier wohnhafter Vater (folgt der Name) erhält seit dem 1./2. 1928 auf Antrag Sozialrentner-Unterstützung in Höhe von 34,55 Mk. monatlich ausgezahlt.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind die Kinder zum ausreichenden Unterhalte ihrer Eltern insofern verpflichtet, als sie bei Berücksichtigung ihrer sonstigen Verpflichtungen ohne Gefährdung ihres Unterhaltes hierzu in der Lage sind.

Die von hier ausgezahlten Beträge sind also durch die Kinder unter Umständen später einmal zurückzufordern.

Wir wollen hierauf besonders hin und eruchen Sie um Mitteilung bis 28./2. 1928, ob nach Lage der Verhältnisse die Fürsorge für Ihren Vater eingeleitet oder von hier aus weiter gewahrt werden soll.

Ferner eruchen wir um Auskunft darüber, in welcher Weise Sie Ihren Vater regelmäßig weiterhin zu unterstützen gedenken (entweder in Form von Rente, Wittagen, Kleidung usw.).

Der Rat der Stadt  
Wohlfahrtsamt

Zu diesem Falle bemerken wir: Es handelt sich um einen 65 Jahre alten Sozialrentner, der nun Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung stellt. Von der Frau unseres Genossen, die die Tochter dieses Sozialrentner ist, fordert das Wohlfahrtsamt jetzt Mitteilung darüber, ob sie bereit ist, die Rückerstattungs-pflicht des Unterhaltungsantrages anzuerkennen. Auch in der Praxis der sozialdemokratischen Wohlfahrtspflege sind also die Sozialrentner noch auf die Pflichten der Kinder angewiesen, die sich diese wiederum bei den erbärmlichen Löhnen vom Munde absparen müssen. Stellt nun einer der sozialdemokratischen Wohlfahrtspfleger fest, daß die Kinder ihrem Vater ab und zu eine Unterstützung zusammen lassen, dann wird dafür selbstverständlich ein entsprechender Betrag von der horrenden Unterstützung von 34 Mark monatlich gekürzt. Während der Unterhaltungsplan der gehobenen Fürsorge auf dem Papier für einen alleinstehenden Sozialrentner in Freital 75 Mark beträgt, zeigt sich dieser Fall wieder, wie es in der Praxis aussieht. Dieser Fall liegt nicht vereinzelt da. Tausende Beispiele könnten in großer Anzahl erbracht werden. Trotzdem aber wird Herr Klimpel und seine Unternehmung die Freitaler Volkszeitung den Arbeitern immer wieder erzählen, daß in Freital die höchsten Unterhaltungen gezahlt werden.

**Zehn-Jahr-Feier**  
der  
**Roten Armee**

Am Freitag, dem 24. Februar 1928 im Kristallpalast Schillerstr. 24.  
**Massen heraus!** Referent: Bundesvorsitzender des RFB

10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100

# Das Dresdner Stadtparlament aufgefliegen

## Provokierendes Auftreten des Monarchisten Paul — SPD verkauft die Interessen der Fürsorgebetreuten — KPD fordert Einführung des Achtstundentags bei der Straßenbahn

Vor sehr schwachbesetzter Tribüne fand gestern die Sitzung der Dresdner Stadtverordneten statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung werden eine Anzahl Eingänge, die kein besonderes öffentliches Interesse haben, verlesen. Der Verwaltungsrat der Straßenbahn teilt auf den Antrag des Genossen Reuhof, leit. die Errichtung einer Wartehalle an der Endstation der Linie 13 in Dobritz mit, daß er derselben zustimmt und die Wartehalle in Kürze gebaut werden soll.

Nach einer Vorlesung des Rates soll dem neugegründeten Verein (wir haben ja noch nicht genug!) zur Förderung gymnastischer Körperbildung eine Beihilfe von 10.000 Mark bewilligt werden. Dieser neue Verein ist eine Untereinheit der Volkshochschule. Die kommunistische Fraktion erklärte zu diesem Punkt, daß sie es ablehnen müsse, die Gelder zu bewilligen, insbesondere deswegen, weil man damit eine bestimmte Konkurrenzorganisation gegen die Arbeiterportiererschaft. Wir Kommunisten, so erklärte Genosse Schrapel als Fraktionsredner, verlangen vielmehr, daß das Geld den Arbeiterportierern überwiesen wird, damit dieselben die Möglichkeit haben, gerade diesen Zweig der Körperpflege weiter auszubauen. In der Abstimmung werden die 10.000 Mark unter Zustimmung der SPD gegen die KPD angenommen.

### Wie Sozialdemokraten in der Praxis den Fürsorgebetreuten helfen

Seit Oktober vorigen Jahres sollen den vom Fürsorgeamt Betreuten die Unterstüßungen erhöht werden. Die diesbezüglichen, vom Stadtverordnetenkollegium gefassten Beschlüsse wurden alleamt vom Rat sabotiert. Vor acht Tagen war die Einigung zwischen Rat und Stadtverordneten nicht zustande gekommen, weil der Rat den Fürsorgebetreuten die Unterstüßung nicht, wie auf Antrag der KPD vom Kollegium beschlossen war, ab 1. Oktober rückwirkend bezahlen wollte. Gestern beantragten nun dieselben Sozialdemokraten, die vor acht Tagen für rückwirkende Auszahlung gestimmt, daß die erhöhte Unterstüßung erst ab 1. April in Kraft treten solle. Genosse Schrapel kennzeichnet scharf diesen neuerlichen Umfall der SPD vor dem Rat. Warum hat die SPD nicht vor acht Tagen gleich gegen unseren Antrag gestimmt? Anstatt den Rat zu zwingen, daß er dem Beschluß der Stadtverordneten entsprechend Rechnung trägt, weichen die Sozialdemokraten bei dem nächsten Widerstand des Rates zurück. Es ist charakteristisch, daß die SPD dem Rat erst den Tipp gibt, daß er an den von ihm selbst angenommenen Beschluß, die Erhöhung ab 1. April in Kraft treten zu lassen, nicht mehr gebunden sei. Erst beantragte die SPD eine Erhöhung von 25 Prozent, dann ließ sie ihren eigenen Antrag fallen und reduzierte ihn bis auf 19 Prozent. Nicht genug damit, läßt sie jetzt wieder den erst mitgefassten Beschluß der rückwirkenden Auszahlung fallen. So sieht die praktische Politik der SPD im Interesse der Vermissten der Bevölkerung aus! Kölsch (SPD) versucht in längerem gewundenen Ausführungen den neuen Umfall zu verschleiern. Finsterbusch (SPD) redet viel von Zweckmäßigkeitsgründen und ähnlichem, und versucht ebenfalls kampffähig diese echt reformistische „Vertretung“ von Arbeiterinteressen mit viel Stimmaufwand zu vertuschen. Ihnen antwortet in klaren, scharfen Worten Genosse Dr. Helm, der an Hand dieses Beispiels die arbeiterfeindliche Einstellung der SPD geißelt und den vollständigen politischen Bankrott dieser „Arbeiterpartei“ feststellt. Er erinnert das Kollegium an den von ihm gefassten Beschluß.

Der Rat bzw. der Finanzbezug hat auf Anfrage des Genossen Schrapel erklärt, daß die erhöhte Unterstüßung wahrscheinlich ab 1. April zur Auszahlung gelangt. Genosse Schrapel kennzeichnet den Sinn des SPD-Antrages, der praktisch eine Aufhebung des früher gefassten Beschlusses bedeutet. Den Wink der SPD, daß der Rat in keiner Handlungsweise frei sei, hat verständlicherweise Kölsch aufgegriffen und unterstrichen. Nach dieser offensichtlich politischen Wamagerie der SPD besitzt Finsterbusch noch die Stirn, zu behaupten, „die SPD sei nicht umgefallen“!

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Genossen Dr. Helm, auf den alten Beschluß die erhöhte Unterstüßung ab 1. Oktober rückwirkend auszuschütten, von allen Parteien, einschließlich der SPD, abgelehnt, und der Antrag Kölsch (SPD), die Auszahlung ab 1. April vorzunehmen, angenommen. Dieser geradezu ungeheuerliche Skandal zeigt die linken Phrasendolken der SPD in ihrem richtigen Licht!

### Tarifliche Bezahlung der Helfer bei den Schusspeilungen

fordert in folgendem Antrag Genosse Schwartz:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen,

- den Helfern bei den Schusspeilungen grundsätzlich den Tariflohn zu zahlen;
- soweit der Aufwand für das Rechnungsjahr 1927 in Frage kommt, diesen aus den Mitteln der Nr. 32 der Position 32e/1927 zu decken;
- für das Rechnungsjahr 1928 den erforderlichen Betrag in den Haushaltsplan einzuführen.

Zur Begründung führt Genosse Schwartz u. a. aus, daß in Dresden etwa 190 Frauen täglich zwei bis drei Stunden bei den Schusspeilungen tätig sind. Für diese Arbeit bekommen die Frauen 22–25 Pfennige! Dieser Regelung hat auch die SPD-Stadtverordnete Frau Fleiß zugestimmt, obwohl der Tarif 50 Pfennige vorschreibt. Der Antrag wird dann dem Ausschuss überwiesen.

### Weißgardistische „Künstler“ als Bolschewikenheger an Dresdner Volkshochschulen

Wir berichteten darüber schon vor einigen Tagen. Genosse Schwartz beantragte:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen,

- Auskunft darüber zu geben, wer die Genehmigung zu den an Dresdner Schulen, wie der 25. und der 52. Volkshochschule, gegen Bezahlung eines Eintrittsgeldes von 0,15 M. von einem russischen Emigranten (Weißgardisten, Baltikumer) gehaltenen Vorträgen gegeben hat;
- in Zukunft derartige antibolschewistische Vorträge zu unterbinden.

Der Antrag wird dem Prüfungsausschuss überwiesen.

### Die Kommunisten fordern die Einführung des Achtstundentages bei der Straßenbahn

Auch diese Frage hat des öfteren das Kollegium beschäftigt, auch wurde ein Beschluß, der die Einführung des Achtstundentages fordert, vor einiger Zeit angenommen. Dagegen hatte der reaktionäre Rat wiederum Einspruch erhoben!

Durch den neuen Tarifabschluß haben die Straßenbahner eine Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden auf dem Papier erhalten. Tatsächlich müssen die Straßenbahner aber neun und mehr Stunden arbeiten! Genosse Lade zeigte, daß die Ueberstundenklieberer geradezu trasse Formen angenommen habe, 400–500 Ueberstunden in der Woche sind an der Tagesordnung! Es muß verlangt werden, daß größere Einstellungen von Arbeitern vorgenommen werden. Die Vertretungsverhältnisse in Dresden sind ohnehin katastrophal genug.

Wann wird man dazu übergehen und den Fünfminutenverkehr einführen?

Dringend aber muß verlangt werden, daß der ungeheuren Ausbeutung der Straßenbahner ein Ende bereitet wird. Durchschnittlich ist etwa ein Fünftel der Belegschaft krank! Das charakterisiert am besten, wie mit der Gesundheit der Straßenbahner Schindluder gespielt wird.

Das Gutachten „erzucht um Einführung des Achtstundentages“. Wie dem Ersuchen Rechnung getragen wird, haben wir des öfteren gesehen. Gegen diese Kautschukformulierung sind wir und fordern vielmehr, daß das Kollegium auf dem alten Beschluß bestehen bleibt. Durch das Gutachten wird tatsächlich dem Rat die Möglichkeit gegeben, den Beschluß so auszulegen, wie er es für notwendig hält. — Im Schlußwort wärmt der Berichterstatter Kölsch (SPD) wieder einmal den dusehndmal widerlegten Schwundel, daß die Kommunisten früher zum Austritt aus den Gewerkschaften aufgefordert hätten, auf. Interessant ist, daß er für die Richtigkeit der SPD-Politik als Kronzeugen Kurt Fischer u. Co. heranzieht!

Der Antrag des Genossen Dr. Helm wird mit den Stimmen der SPD abgelehnt und das Mehrheitsgutachten angenommen.

(Fortsetzung des Berichts morgen.)

Bei der Behandlung des Antrages des Genossen Schrapel leit. die Zurückziehung der Verordnung über Freigabe der Gewerkeräume ergreift auch der unseren Vertretern rühmlichst bekannte Verteidiger des Sozialen Hofmann, Paul, das Wort und versucht erneut die kommunistische Fraktion zu provozieren. In dem darauf einsetzenden ungeheuren Tumult gehen die Ausführungen des Hauspapstas Paul unter. Der Vorsitzende unterbrach die Sitzung auf 10 Minuten. Nach der Wiedereröffnung leit der Tumult wieder ein, so daß der Vorstand die Sitzung kurzerhand schließt. Wir kommen morgen auf das provokierende Verhalten des tapferen Monarchisten noch zurück.

## Sachsenburg

Unter Nr. 19 erschienenen Artikel über die Volkshochschule Sachsenburg hat aus begrifflichen Gründen starke Beachtung gefunden. Insbesondere eine bestimmte Gruppe von ehemaligen Schülern hat sich sehr intensiv damit beschäftigt. Daß der Artikel nicht den Beifall der Lehrer und Schüler von Sachsenburg finden würde, darüber waren wir uns durchaus im Klaren. Interessant aber ist, wie diejenigen, die sich getroffen fühlen, reagieren. So ist uns z. B. vor einigen Tagen von ehemaligen Schülern u. a. eine Entschuldigend zugelandet worden, die in einer längeren Einleitung mit Behauptungen von den erhobenen Angriffen Kenntnis nimmt und dabei „schmerzhaft den niedrigen Ton und die beleidigende Ausdrucksweise“ feststellt. Natürlich werden alle von uns angeführten Tatsachen abgelehnt. Daß man dabei auch Sachen bestritt, die wir gar nicht behauptet haben, ist nicht weiter verwunderlich. Wichtig ist diese inhaltlose, alles abtreitende Entschuldigend ist ihre Entstehung.

Am 8. Februar tagte in Dresden eine Sitzung einiger ehemaliger Sachsenburg-Schüler. Anwesend waren 10 Mann, von denen fast alle offene oder verkappte NSD-Deute sind, u. a. war auch der vielen Arbeitern rühmlichst bekannte Hans Pawlowitsch dabei. Nach Eröffnung der Sitzung wurde Pawlowitsch als Verammlungsleiter „gewählt“. Festerer wies auf den in der Arbeiterrunde erschienenen Artikel hin, und ohne daß über den Inhalt diskutiert wurde, erkundigte er sich nach dem Verfasser. Nachdem Genosse Kölsch sich als derselbe bekannt, schließt Pawlowitsch die Verammlung mit dem Bemerkten, daß diejenigen, die den Artikel „ablehnen“, unter sich sein wollen! Warum diese Geheimratsrämerie?

Das ist sehr einfach. Die „objektiven“ Mannen wollen damit einer sachlichen Diskussion aus dem Wege gehen. Der Charakter der längeren Beratungen legte man dann — wie das so üblich ist — in einer „Entschuldigend“ nieder. Im übrigen ist leicht ersichtlich, daß der Macher des Ganzen Hans Pawlowitsch ist. Bei dieser Gelegenheit möchten wir nicht verfehlen, noch einmal einige grundsätzliche Ausführungen auf die immer offener in Erscheinung tretenden antimarxistischen Tendenzen („marxistischen Star ausstechen“ usw.) hingewiesen. Das sind keine Zufälligkeiten. Als die Volkshochschule 1918/19 gebildet wurde, befaßte

am besten gute Anlässe für einen proletarischen Charakter. Mit dem Niederschlagen der revolutionären Arbeiter hat man natürlich auch in der Volkshochschulbewegung mit den reaktionären Elementen aufgeräumt, aber, wie man so neu sagt, „Ordnung geschaffen“. Die von den reaktionären Regierungen subventionierten Volkshochschulen werden planmäßig von reaktionären Herrschaften ausgeübt und bei den Arbeitern, insbesondere den Jugendlichen, vorhandene Willensstärke in ihnen genehmer Weise gelenkt. Man denkt nicht daran, die proletarischen Schüler mit den demagogischen Leistungen der Wissenschaft so vertraut zu machen, daß diese das gewonnene Wissen in den Dienst ihrer Klasse stellen können, sondern man sie bewußt kopfschüttelnd und erzielt in ihnen jenen, den deutschen Spießer auszeichnenden Respekt vor der „hohen Mission der Wissenschaft“. Durch diese geschickte raffinierte Methode lenkt man die jungen Arbeiter von ihrer Klassenkampfaktivität ab und trümpelt sie geistig. Mit der schönen Phrasologie, das Mitleidswissen der Arbeiter zu fördern, versucht man bewußt die Arbeiter von ihrer Klassenkampfaktivität abzulenkten.

## Ein Karnevalstanz der Dresdner Polizei

„Karneval“. Die erwachsenen Arbeiter haben den Tanz des „Reichs, lebe wohl“ zum großen Teil beifällig. Auch keinen Sinn in der heutigen Zeit. Besonders Nachdruck hat auf diese „Reichs, lebe wohl“ Parole in den Kreisen der wertlosen Bevölkerung nicht. Reich kennen die Arbeiter nur Sonntag, an den Wochentagen in so geringen Mengen, daß sie nicht befürchten brauchen — daß etwas Fett anhielt...

Aber die Kinder merken von diesen, den erwachsenen Arbeiter herabsehbenden Gedanken nicht viel. Sie sind sich des Sinnes des „Karnevals“ nur insofern bewußt, daß dieser Tag nach allen Regeln der Kunst ausgekostet werden kann zu Scherz und harmlosen Streichen.

Und so lag dem am Dienstag eine Anzahl Kinder in ihren Kostümen, die schlicht und recht zusammengeklappelt waren, auf der Hechtstraße entlang. Ein Junge martierte einen Wägen. Diese fast naturgetreue Kopie wurde von allen Kindern mit Begeisterung aufgenommen.

Das Gängelband in der Hand, ein Kreuz auf der Rückseite, keines Habitus aber wurde ihm um Verhängnis. Wir wissen, wie heisrig unsere republikanischen Behörden um das Wohl und Wehe der Jugend sind. Besonders der Polizei war dieses „puffeliche Karnevalsspiel“ des Arbeiterkinder Anlauf zu einer Sittlerung.

Der Junge wurde nach der Wache gebracht und befragt, ob er die Kirche habe „vernonchelt“ wollen. Ob er wohl, was das Gängelband bedeutet. Aber es ist Karneval! Deshalb strafe der schlaue Junge die Güter des Sittlichen, ob das etwas mit der Straßenbahn zu tun habe.

Darauf wurde er entlassen! Der Aufgabenteils unserer Polizei erweitert sich zusehends! Am Karnevalstanz sah man keine Gummistiefel — dafür bemerkte man wieder einmal die glänzenden geistigen Fähigkeiten, die die Leute vom „großen Kopf“ in so hohem Maße auszeichnen.

Vorsicht! Kollidie! In letzter Zeit sind wieder mehrere Kollidiefälle vorgekommen, woraus zu schließen ist, daß Dichte erneut an der Arbeit sind. So wurden kürzlich von einem der Antonsmarktstraße stehenden Handwagen eine kleine Vollmilch in Wägen, gez. „Löffelmarke 6 U. e. e.“ und von einem Tafelmilch 2 Kolb- und 2 Schafelle verwendet. Die Kollidie werden meist von unbedeutenden Kollidier- und Handwagen gestohlen, während die Geschirrführer bzw. Marktbesitzer ihre Lasten erleben. Die auf der Lauer liegenden Kollidierbesitzer diesen günstigen Augenblick, um die Last auszuführen und mit dem gestohlenen Gute zu verschwinden.

Der Schreiber des rätselhaften Betieles ermittelt. In der letzten Nummer, wonach ein Unbekannter an das Kriminalamt einen Brief gerichtet hat, waren er u. a. mitteilt, daß er sich mit Kollidier- und Selbstmordgeheimnissen trage und von seinem Vorhaben zurückgehalten werden möchte, wird mitgeteilt, daß der Briefschreiber ermittelt worden ist. Es handelt sich um einen vierundzwanzig Jahre alten Arbeiter von hier. Die Erörterungen sind noch im Gange.

Kriegs- und Friedensarbeit. Am 26. Februar 11 Uhr wird in Dresden in sämtlichen, von der Stadt zur Verfügung gestellten Räumen des städtischen Ausstellungsgeländes, Gröbelfelder, eine große Ausstellung „Krieg und Friedensarbeit“ eröffnet. Die Ausstellung zeigt u. a. das hermit gewordene große Deutschland von Otto Dix: „Der Schützenhaas“. Es wird ein Plan in dem Saal „Gang an die Fronten“ bekommen. Der städtische Siedlerverband wird zum Thema: „Krieg und Wohnungsnot“ eine eigene kleine Ausstellung zeigen und der Reichsbund der Kriegsbekämpften wird Spezialmaterial zur Arbeit der Kriegsoptioner und hinterlassenen Versorgung präsentieren. Ebenfalls wird die Esperanto-Bewegung in Erscheinung treten. Wir werden über die Ausstellung nach Erdmann berichten. Nach dem was uns bekannt gemacht ist, kann heute schon gesagt werden, daß die von den Pazifisten veranstaltete Ausstellung keinen politischen Ausweg zeigt. Das ist ja auch von den Pazifisten nicht zu erwarten.

## Die Werkstättenarbeiter Dr.-Friedrichstadt für die Metallarbeiter und für gemeinsamen Maiaufmarsch

Am 20. Februar tagte eine Belegschaftsversammlung der Werkstättenarbeiter und befaßte sich mit der am 25. Februar stattfindenden Betriebsratwahl. Alle Redner rechneten scharf mit den Unternehmerrichtern der Reichsbahnverwaltung ab. Insbesondere gingen sie auf den letzten Streik ein. Zur Betriebsratwahl sind 5 Listen aufgestellt: Freigewerkschaftliche Liste, Einheitsverband der Deutschen Eisenbahner; Christen; Allgemeiner Eisenbahnerverband; Industrienerverband; Deutscher Industrienerverband. Kollege Siegel leitete in längerer Ausführungen den letzten Streik und seine Auswirkungen, sowie die bevorstehenden schweren Kämpfe der gesamten Arbeiterklasse auf und rechnete dabei mit der Ortsverwaltung des ERD ab. Genosse Siegel brachte dabei eine Sympathieerklärung für die kämpfenden Metallarbeiter ein, die einstimmig angenommen wurde. (Wir veröffentlichen diese Erklärung schon am Dienstag.) Die versammelten Eisenbahner gaben durch lebhaften Zwischenruf zu den Ausführungen des Genossen Siegel ihre Zustimmung zu erkennen. Am Schluß seiner Ausführungen forderte Genosse Siegel auf, trotz aller notwendigen Kritik die freigewerkschaftliche Liste des ERD zu wählen. Die Reformisten versuchten, die Wirkung der Ausführungen des Genossen Siegel zu vermindern. So behaupteten sie in einem Zwischenruf, der Industrienerverband und der Deutsche Industrienerverband seien von der KPD gegründet. Diesem demagogischen Mäander trat

Genosse Bretschneider entgegen. Er stellte fest, daß die KPD mit diesen Organisationen nichts zu tun hat. Den Zuschauern ist auch bekannt, was bekannt sein muß, daß die KPD der Vertreter des DRB, Reizner, ausgeschlossen hat, weil er die Splittlerorganisation nicht liquidieren wollte. Auch Genosse Bretschneider forderte auf, den Einheitsverband zu wählen. Zum Schluß seiner Ausführungen brachte Genosse Bretschneider nach folgende Entschuldigend:

### für gemeinsame Maiafeier

„Die Belegschaft des Ausschleppwerkes Friedrichstadt fordert die Ortsverwaltung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Dresden auf, bei dem DRB vorzuziehen zu werden, um für dieses Jahr die Maiafeier gemeinsam zu veranstalten. Nur in einem gemeinsamen Aufmarsch des kämpfenden Volkes kann dem geschlossenen Vorgehen des Kapital entgegengetreten werden.“

Diese Entschuldigend wurde einstimmig angenommen.

Kaufhaus Maximilian Reiner Heidenau-Nord Bahnhofstraße 10  
Glas, Porzellan, Steinnut, Haus- u. Küchenartikel Galanterie u. Spielwaren

# Aus dem Sächsischen Landtage

Das Polizeibeamtengesetz angenommen / Unfall der Demokraten bei der Pflichtstundenzahl der Lehrer / Ablehnung der kommunistischen Bauernanträge / Die Regierung für Zollwucher

## 69. Landtagssitzung

Dresden den 23. Februar 1928

Die Plenarsitzung des Sächsischen Landtages nimmt zunächst die Abstimmung über das in der Dienstprüfung beratene reaktionäre Polizeibeamtengesetz vor. Sämtliche kommunistischen Anträge, die größtenteils Forderungen des Polizeibeamtensverbandes enthalten, werden mit Mehrheit abgelehnt. Gegen die Entlassung der Beamten, gegen die völlige Aufhebung des Eheverbotgesetzes und die Offizierswahl durch Mannschaften stimmen auch die Sozialdemokraten mit dem gesamten Bürgerblock. Gegen das gesamte Polizeibeamtengesetz stimmen nur die Kommunisten und Sozialdemokraten. Das Gesetz ist damit angenommen.

### Die Regierung der Hausgrarter.

Eine Anfrage über die Gewährung eines weiteren Anteils der Miete an die Hausbesitzer und beabsichtigte Mieterhöhung ab 1. April 1928 wird von der Regierung dahingehend beantwortet, daß ihr von einer Vereinbarung der Regierungsparteien über Gewährung eines weiteren Anteils an der Miete nichts bekannt ist. Eine weitere Mieterhöhung sei nicht geplant. Aber die Hausbesitzer könnten gleichfalls volle Verzinsung aufgewerteter Hypotheken bei bebauten Grundstücken verlangen, und die Regierung wolle dafür sorgen, daß dem voll Rechnung getragen wird. In längerer Debatte wird von den Kommunisten und Sozialdemokraten der nur veraltete Hausgrarterstandpunkt der Regierung seitgelassen und ihre Erklärung als Sprungbrett für weiteren Mietwucher bezeichnet.

### Wirtschaftsparteiliche Demagogie.

Dieselben Wirtschaftsparteiliche, die als Hausgrarternetzler bestrebt sind, alle kleinen Leute völlig der Mietwucherlast zu unterwerfen, haben sich eine demagogische Gelste geleistet. Ein Antrag der Wirtschaftspartei fordert Abbau der Steuern der Landtagsabgeordneten.

### Genosse Kenner

Erregt den Herren Demagogen auf den Kopf zu, daß ihr Antrag nichts als lauter Jaulen zur Stärkung des großkapitalistischen Einflusses darstellt. Während die Kapitalistenvertreter durch ihre bürgerliche Erziehung gelehrt sind, können die Vertreter der Arbeiterklasse nicht mit ausreichenden Mitteln versehen, die Durchführung ihrer wichtigen Aufgaben gewährleisten. Bei den Kommunisten dienen die Steuern lediglich der Stärkung des Einflusses der Partei und Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse. Man würde also mit Dutzendeinsparungen lediglich fürgerlichen die Ausübung parlamentarischer Vorrechte ermöglichen. Dieser demagogische Trick soll nur die kleinen Gewerbetreibenden, die über die mieterfeindliche Haltung der Wirtschaftspartei empört sind, nachführen. Die Kommunisten lehnen eine Beteiligung an diesem Betrugsmanöver ab. Der Antrag der Wirtschaftspartei wird mit Mehrheit abgelehnt.

### Das Schuländerungsgesetz

hat im Landtagsauschuß zu einer Differenzierung der Regierungsparteien geführt, und zwar in der Frage der Pflichtstundenzahl der Lehrer. Zunächst war von den Ausschusstreitern der Regierungsparteien gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten ein Antrag abgelehnt worden, der die Pflichtstundenzahl der Volks-, Fortbildungs- und Hilfsschullehrer generell auf 24 Stunden festzusetzen forderte. Danach war aber mit den Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten ein demokratischer Antrag angenommen worden, der festsetzt:

Die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Lehrer beträgt 24 Stunden; für die Lehrer jedoch, die bei Beginn des Schuljahres 1928/29 das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, für dieses Schuljahr 30 Stunden.

Die Regierung erklärte zwar den Antrag für finanziell unumsetzbar und beharrt auf der Grenze von 45 Jahren, blieb aber in der Minderheit. Mittlerweile aber hatten die Demokraten Antrag vor der eigenen Kurie bekommen, und in der heutigen Beratung wurde der Demokrat Dr. Seifert durch die Koalition gezwungen, den eigenen Antrag fallen zu lassen. Dr. Seifert erklärt, daß die Mehrheit der Demokraten nicht stark genug sei, dem Druck der übrigen Koalitionsparteien Standhalten. Der Druck ist aber so stark, daß die Demokraten gespalten aufstreten.

### Genosse Köhler

betont, daß der § 12 dem Lehrer die pädagogisch notwendige Möglichkeit der Auswahl seiner Wirkungshalte völlig nimmt dadurch, daß er der Behörde das uneingeschränkte Verwechslungsrecht einräumt. Das ist eine politische Gefahr, die nicht durch die Klausel der Unabhängigkeit von der politischen und weltanschaulichen Bindung aufgehoben wird. Das Bezeichnendste an diesem Änderungsgesetz aber ist die Frage der Pflichtstundenzahl, die generell nach dem Gesetz 30 Stunden beträgt. Der Erzieherberuf aber erfordert die größtmögliche Herabsetzung der Pflichtstundenzahl und alle Lehrerorganisationen betonen dies. Es ist doch klar, daß der Erzieher im Interesse der ihm anvertrauten Schüler eine größtmögliche Zeitspanne frei haben muß zur eigenen Weiterbildung. (Sehr richtig! links.) Wir Kommunisten halten schon im Vorjahre die Anerkennung wenigstens des Grundgesetzes der 24-Stunden-Pflichtstunde verlangt. Jetzt stehen wir wieder vor der Tatsache, daß für die jungen Lehrer wiederum 30 Stunden festgelegt sind. Ueber die finanzielle Frage ist ja die Regierung selbst gar nicht klar, und — dieselben Parteien, die die Kienelast des Reichsschulgesetzes als selbstverständlich tragbar betrachtet haben, verlocken sich hier hinter diese laule Ausrufe. Das zeigt, daß die ablehnenden Parteien gar nicht den Willen haben, die Volksschule und ihre Lehrer zu fördern (Sehr richtig! links), weil man für die Volkserziehung und Schulung nur dann etwas übrig hat, wenn man den Pfaffen die Zeitung überträgt. Die Absonderung der Hochlehrer von der übrigen Volksschullehrerschaft wird von uns abgelehnt. Wir fordern Einheitlichkeit.

Der Unfall der Demokraten bietet ein trauriges Schauspiel für die Gesundheitlichkeit der Partei. Daraus müssen die Lehrer die richtigen Lehren ziehen. Wir sind mit der Vorlage nicht einverstanden, weil sie wieder nur eine Zwischenregelung ist, während wir eine endgültige Regelung zur Förderung der Entwicklung der Volksschule verlangen.

Der Deutschnationale Herrmann wendet sich mit faden-scheiniger Begründung gegen eine weitere Herabsetzung der Pflichtstundenzahl.

Rechte (Rechts) bedt natürlich, wie immer, die Stellungnahme der Regierung.

### Abwägung der Debatte

Da sich Genosse Köhler noch zum Wort gemeldet hat, um diese Haltung einschließlich des Unfalles der Demokraten zu bezeichnen, wird von der Mehrheit gegen den Widerspruch der Kommunisten und Sozialdemokraten die Debatte abgewürgt.

Bei der Abstimmung sprachen sich die Demokraten, und zwar stimmten Claus und Frau Dr. Müller. In zwei Fällen mit den Kommunisten und Sozialdemokraten. Die anderen drei „Demokraten“ Dr. Köhler, Dr. Dehne und Dr. Seifert stimmten mit den Nationalisten gegen sämtliche Verbesserungsanträge der Opposition. Sämtliche Minderheitsanträge werden abgelehnt. Die Vorlage wird dann verabschiedet.

### Land den Kleinbauern!

Ein kommunistischer Antrag, der Landzuweisung an Kleinbauern verlangt, die sich in der Umgebung von Staatsgütern befinden, wird vom

### Genossen Kenner

begründet. Es handelt sich um kleine Pächter, die durch Preissteigerung der Großbauern und der Kirche nicht in der Lage sind, ihr für eine Aderernte nicht ausreichendes Land durch Pachten von Kirchenland zu ergänzen, ohne durch hohen Pachtzins und Verbot der Bearbeitung an Sonntagen aus schwerer bedrückt zu werden. Die Kommunisten verlangen deshalb, daß hier der Staat eintritt und Kleinbauern Land zur Auffüllung ihres Pfluges bis zu einer Aderernte abtritt und die Pacht oder Kaufsumme in einem tragbaren Maße hält, ohne an dem Prinzip der eigenen Bewirtschaftung der Staatsgüter etwas zu ändern. Der Antrag geht an den zuständigen Ausschuss nach einer Erklärung der Regierung, daß diese Wünsche zum Teil bereits berücksichtigt worden seien und eine weitere Berücksichtigung nachgeprüft werden würde.

### Der kommunistische Bauernantrag

der seit vielen Monaten vorliegt, ist im Haushaltsauschuß A nach der Berichterstattung des Genossen Klamminger von der Mehrheit mit der oberflächlichen Begründung abgelehnt worden, er sei bereits „überholt“!

Genosse Köhler unterteilt diese laule Begründung der Mehrheit einer lauten Kritik. Er weist zurück, daß die Regierung den wertvollen Bauern wirkliche Hilfe in ausreichendem Maße geleistet hätte. Richtig ist, daß die Deutschnationalen — nachdem sie Regierungspartei geworden sind — ihre eigenen Bauernanträge fallen gelassen haben und so ein drastisches Beispiel ihrer Kleinbauernfreundlichkeit geben. Da die Lage der Kleinbauern nach wie vor aus schwerer bedrückt wird durch Steuern und Zinsenlast, bestehen die Kommunisten auf ihren Anträgen. Sie fordern unter Hinzurechnung der wertvollen Bauern die Vornahme umfangreicher Erörterungen über die Notlage der Bauern, über die Höhe der Ernteerlöse, die Gewährung einer Entschädigung für die in unerschuldete Notlage Geratenen, die Erlassung der Zurückzahlung schon gewährter Darlehen.

### Die Erlassung der Zahlung rückständiger Steuern.

die Erlassung der Zahlung von Grund- und Gewerbesteuern bis zur gesetzlichen Regelung, die Belieferung mit billigem Saatgut, Düngemitteln, landwirtschaftlichen Geräten und Zuchtvieh und Zurechtstellung von Mitteln zu deren Verbilligung. Weiterhin fordern wir die Ermäßigung der Strompreise für die wertvollen Bauern und verlangen, bei der Reichsregierung den Erlaß der Umfahsteuer für die wertvollen Bauern zu erwirken und für die Aufhebung der Umfahsteuer einzutreten.

Nach längerer Debatte, in der die Deutschnationalen verzweifelnd verfahren, ihre Kleinbauernfreundliche Haltung zu verteidigen, werden die kommunistischen Anträge durch die Mehrheit abgelehnt.

### Genosse Schreiber

begründet darauf eine Anfrage, die darüber Auskunft verlangt, ob die Preisermäßigung den Tatsachen entspricht, in der erklärt wird, daß die Regierung entgegen dem Landtagsbeschluss vom 17. Januar nicht für

### Beilegung aller Zölle

auf Lebensmittel und Massenkonsum nachkommen werde.

Ministerialdirektor Dr. Kien bestätigt als Vertreter der Regierung diese Meldung und erklärt, daß die Regierung nicht daran denke, die Beilegung der Zölle zu fordern. Mit dieser offenen Bräufierung des Landtagsbeschlusses findet die Sitzung ihr Ende.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung am 6. März steht die Beratung des Etats der Koalition.

# Aus Ostschlesien

## Öffentliche Versammlung in Pirna

Montag den 27. Februar 1928 19.30 Uhr im Volkshaus spricht Genosse Kewisch, Dresden, über **Unternehmerterror und Vorkämpfer Arbeiter, erscheint in Massen!**

Heidenau. Der Arbeiter-Athletenklub Heidenau veranstaltet Sonntag, den 26. Februar 14 Uhr im Deutschen Haus keine Ring- und Boxkämpfe um die Sachlenmeistererschaft. Zahlreiche Beteiligung aller Arbeiter wird erwartet.

### Auf nach Gittersee

zum roten Kummel  
Sonntag, den 25. Februar 1928, 19.30 Uhr, im Rehbod.  
KJ und JSB Gittersee.

Hörsdorf. Sonntag den 4. März, 14 Uhr, im Hörsdorfer Gasthof große Max-Hoels-Kundgebung. Es spricht Genosse Traude Hoels. Alle Parteigenossen und KJ- und Kameraden von hier und Umgebung haben sich um 12 Uhr beim Spinnhaus in Hörsdorf zu treffen. Köhnen mitbringen. Die Kameraden und Genossen von Tharandt, Cönnmannsdorf, Dipoldiswalde, Schmiedeberg, Cönnich ufm. werden um Unterstützung gebeten.

### Die Wahrheit über Sowjetrußland

Sebnitz. Heute Freitag den 24. Februar findet im Hotel Etade Krog eine Rußlandversammlung statt, mit anschließendem Lichtbildvortrag über die wertvolle Jugend Rußlands. Es spricht der Genosse Hum (SPD), Mitglied der 3. Arbeiterdelegation. Wir erwarten, daß auch die Arbeiterklasse sich Unterstützung über Rußland leistet.

Reigersdorf. Am kommenden Sonntag findet in Köhlers Saal ein von der hiesigen KJ-Gruppe veranstalteter Unterhaltungsabend statt. Die Arbeiterklasse wird ersucht, sich zahlreich zu beteiligen.



# Konzentration

ist das Geheimnis jedes Erfolges im geschäftlichen wie im sozialen Leben. In der gewaltigen Ausdehnung unserer Betriebe, die in wenig Jahren sich zu ihrer imponierenden heutigen Höhe erheben dürfen, erblicken wir, ganz mit Recht, eine Bestätigung dieses, unseres Prinzips: Nur wenige Marken, aber diese in der höchsten denkbaren Güte herzustellen. Diese Konzentration ermöglicht es, bei unserer Produktion von nur 3 Sorten Qualitäten zu bereiten, wie sie gewöhnlich nur den nächsthöheren Preisstufen zu eigen sind.

Don diesen 3 Marken wird

## Gyrowling = Auslese zu 5 S

für den täglichen Genuß besonders wegen ihrer Milde und ihres ausgezeichneten Aromas geschätzt.

Für besonders feierliche Anlässe empfehlen wir Ihnen unsere „Turvel“ zu 6 Pf.





# Die Rote Armee als Kulturfakt

## im sozialistischen Aufbau der Sowjetunion

Was ist der Soldat jeder bürgerlichen Armee? Ob als Soldat der wilhelminischen Armee oder als Reichwehrgeldat der deutschen Republik — der Arbeiter- und Bauernsoldat im Waffenrock ist in den Händen des bürgerlichen Staates ein Werkzeug der kapitalistischen Klassenherrschaft, ein Werkzeug zum Kampf gegen den „äußeren“ und „inneren“ Feind zu Fuß und Knieen des Kapitals. In diesem Sinne wird auch die ganze Erziehung des Soldaten unter dem Kapitalismus durchgeführt: der Soldat darf nur nicht zum Bewußtsein seiner eigenen Klassenziele gelangen, und dazu wird er von jeder Politik ferngehalten. Der erwachsene Mann in der Reichswehr darf weder das Wahlrecht ausüben noch sich sonst politisch betätigen oder politische Ansichten äußern im Interesse seiner eigenen Klasse.

Wie anders ist hingegen die Armee der proletarischen Herrschaft beschaffen! Die Rote Armee bildet ihre Erzieher nicht nur militärisch aus, sie erzieht nicht nur aktive Kämpfer, sondern auch Mitarbeiter am sozialistischen Aufbau der Gesellschaft. Die Rote Arbeiter- und Bauernarmee ist eine eigenartige Massenuniversität, besonders für die Bauernjugend.

Hunderttausende junger Bauern aus allen Teilen der

### Zunahme der Büchergabe in den Bibliotheken

Jahr	Zahl der Bücher
1921	1 727 000
1922	2 821 000
1923	2 904 000
1924	4 546 000
1925	5 330 000
1926	6 721 000
1927	8 400 000

### Zahl der Rotarmistengürtel in den Klubs

Jahr	Zahl der Gürtel
1921	3232
1922	5757
1923	4384
1924	6380
1925	8113
1926	5894
1927	7650

Eine besondere Stellung innerhalb dieses Systems von Kulturinstitutionen nehmen die „Lenin“-Geden ein, die in jeder Kaserne zu finden sind. Die Lenin-Geden hat ein Besetzung, eine kleine Bucherei, die neuesten Zeitungen,

verschiedene Nachschlagewerke, Sammelbücher für die Rotarmisten. Die Lenin-Geden ist ein reges öffentliches Leben der Kaserne, bei dem hier werden alle Sitzungen der Zellen und Verbindungen der Rotarmisten der Kasernen abgehalten. Die Lenin-Geden ist auch eine Erholungsstätte freier Zeit, Schach- und Lektüre mit Besten, an denen sich die Rotarmisten selbst beteiligen. Die Lenin-Geden sind in freundschaftlichen Zusammenkünften mit ihren Kommandeuren ihre Ruhe. Die Zahl dieser Lenin-Geden ist in jeder Kasernen. Die Lenin-Geden sind über 24 000 Selbstbetriebsstellen geschaffen.

### Zahl der Lenin-Geden in der Roten Armee

Jahr	Zahl
1925	4 472
1926	6 042
1927	5 891

### Zahl der Selbstbildungsstellen in den Lenin-Geden

Jahr	Zahl
1925	13 837
1926	15 244
1927	24 177



Rotarmisten-Korrespondenten lesen ihre Berichte in der Armeezeltung



Radio in der Kaserno

Sowjetunion werden durch die Rote Armee zur Teilnahme am aktiven politischen und öffentlichen Leben des proletarischen Staates angezogen, sie erwerben dort das erforderliche Wissen und das Kulturniveau, so daß sie als aktive und bewußte Revolutionäre, als Mitarbeiter der sozialistischen Gesellschaft in ihre Heimatländer zurückkehren.

Erziehung von Revolutionären und Internationalisten — dies ist eine der Grundlagen der ganzen kulturpolitischen Arbeit der Roten Armee. Der Rotarmist beteiligt sich in gleicher Weise wie alle Werktätigen am öffentlichen und politischen Leben des Landes, er hat das aktive und passive Wahlrecht in den Sowjets, er kann Mitglied politischer und öffentlicher Organisationen sein (Kommunistische Partei, KJ, verschiedene Vereine).

Die Feinde der Sowjetmacht, vom „Falsch-Anzeiger“ bis zum „Vorwärts“, die über den „roten Militarismus“ faseln, wissen nichts über diese Erziehung des Rotarmisten zu berichten. Der Kommandeur hält einen Vortrag im Klub der Roten Armee und wird aus scharfsten von den „Gemeinen“ seiner Truppe kritisiert. In welchem bürgerlichen Staate wäre dies möglich!

Die Religion ist in der bürgerlichen Armee die Verbindung der kapitalistischen Herrschaft. Die Pfaffen aller Religionen sammeln das Weltgemetzel. Die Rote Armee strebt nicht die Vernichtung der Religion, sondern das klare Klassenbewußtsein an. Dem Opium der Religion heißt die Rote Armee eine großzügige Propaganda naturwissenschaftlicher Kenntnisse entgegen, sie hebt das allgemeine Kulturniveau der Rotarmisten.

Das Analphabetentum war eine der schlimmsten Seiten der zaristischen Armee. Im Jahre 1913 waren 27 Prozent der Soldaten vollstündige Analphabeten. Doch kein Rotarmist verläßt die Armee, ohne das Lesen und Schreiben erlernt zu haben. Auf diese Weise wurde in den letzten Jahren nach dem Bürgerkrieg 512 000 Rotarmisten, in der Hauptsache Bauern, das Lesen und Schreiben beigebracht.

Ferner verfügt die Rote Armee über ein großes Netz von Klubs, Bibliotheken, Lesezimmern und anderen Kulturinstitutionen.



Rotarmist Zyganow, der Mitglied des Moskauer Sowjets und des Zentralkomitees der USSR, ist

Die Presse ist in der Roten Armee in großer Verbreitung gelangt. Neben den allgemeinen Zeitungen und Zeitschriften besitzt die Rote Armee 20 rotarmistische Blätter in einer Gesamtauflage von über 75 000 Exemplaren. Die Rotarmisten beteiligen sich aktiv an ihrer Presse, indem sie regelmäßig Beiträge, Korrespondenzen usw. liefern. So sind es keine Zeitungen für Rotarmisten, sondern eine Presse der Rotarmisten selbst. Die rotarmistische Presse stützt sich auf eine weitverzweigte Organisation von Militärkorrespondenten, die 73 340 Mitglieder zählt. Jeder Lenin-Geden ist ein Korrespondentengürtel angegliedert, der für seine Kompanie bzw. für Bataillone usw. eine Wandzeitung herausgibt. Es werden 4 der Roten Armee insgesamt 6677 Wandzeitungen gezählt, die im letzten Halbjahr allein über 33 000 Nummern heraus gegeben haben.

### Zahl der Rotarmisten-Korrespondenten

Jahr	Zahl
1925	15 864
1926	35 110
1927	73 340

Das Refektor der gewaltigen politischen und kulturellen in der Roten Armee geleistet wird, tritt am deutlichsten in der Rolle zutage, die die nach Ablauf ihrer Dienstzeit ihre Heimatländer zurückkehrenden Rotarmisten im öffentlichen Leben spielen. In den Bolschoi- und Dorffoljets, wobei meist die aktiven Bauern gewählt werden, denen von Dorfgemeinden das größte Vertrauen entgegengebracht wird, bilden die demobilisierten Rotarmisten eine starke Gruppe. Sie werden auch zumeist zu den leitenden Stellen gewählt. 66 Prozent der Vorlegenden der Bolschoi-GR sind demobilisierte Rotarmisten. Sie bilden auch 49 Prozent der Vorlegenden Dorffoljets.

Auch unter den anderen Kategorien der Kulturträger dem Lande, unter den Genossenschaftlern, Lesern der Zeitschriften usw. sind zahlreiche demobilisierte Rotarmisten zu finden, die während ihrer Dienstzeit eine entsprechende Bildung erhalten haben. Allein im Laufe der letzten Jahre wurden von der Roten Armee 22 90 solche „Kulturträger“ vorgebildet.



Arbeiter und Bauern zu Besuch bei ihrem Patenregiment



Rotarmisten helfen während der Manöver bei der Ernte



# Es herrscht Übereinstimmung ...

SPD im Bunde mit den Junkern

Die Entwicklung des neudeutschen Imperialismus, die Stabilisierung des Kapitalismus erfordert gewaltige Verhärtung der Ausbeutung der arbeitenden Massen. Einerseits wird dies durch Preissteigerungen für alle Konsumgüter, durch Mietpreiserhöhung, Abbau der Sozialfürsorge, verstärkten Steuerdruck auf alle Bevölkerungsschichten, andererseits durch Verlängerung der Arbeitszeit, Verschärfung des Arbeitstempos und Niederdrückung der Lohnforderungen der Arbeiterklasse zu erreichen versucht. Die Schwierigkeiten für die Bourgeoisie bestehen dabei in der steigenden Aktivität der Arbeiterklasse und — in geringerem Maße — in der wachsenden Unzufriedenheit der kleinbürgerlichen Massen in Stadt und Land. Dringende Aufgabe der Bourgeoisie ist daher die Niederdrückung der Arbeiterklasse. Auf dieser Linie liegt der Ausperrungsbeschluss der Metallindustriellen. Die



Das Unternehmertum holt vor, sperrt aus

Bourgeoisie will diese energische Niederdrückung der Arbeiter zu einem wesentlichen Teil vor dem Tage des Ablaufs der vielen Tarifverträge, vor dem 1. April durchführen. Um so größer ist ihr Interesse daran, alles zu vermeiden, was die Gegenwehr und Aktivität der proletarischen Massen weigert. Daher auch die große Angst vor einer Wahlbewegung im jetzigen Moment. Mit wünschenswerter Deutlichkeit spricht das die großagrarisches Deutsche Tageszeitung vom 18. 2. 1928 aus. Sie schreibt:

„Es herrscht Übereinstimmung zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum, daß es höchst unerwünscht wäre, so früh zu wählen, daß die großen Tarifkämpfe, die mit dem 1. April und dem 1. Mai zu erwarten sind, noch in den Höhepunkt des Wahlkampfes fallen; denn es ist dringend zu befehlen, daß der Wahlkampf ungünstig auf diese Auseinandersetzungen zurückwirkt und umgekehrt.“

Diese Einschätzung ist durchaus richtig. Das Zusammenfallen der Wahlbewegung und der Tarifkämpfe würde zweifellos infolge der gewaltigen Aufrüttelung der Massen beides zugunsten der Arbeiterklasse beeinflussen. Hinzu kommt, daß die wahlgesetzlichen Vorschriften es den SPD-Führern erlauben würden, die Tarifkämpfe der Arbeiter in der für die Bourgeoisie nötigen Weise abzuwürgen. Deshalb ist nicht nur bei den Deutschnationalen und Zentrumern „Übereinstimmung“, sondern auf der ganzen bürgerlichen Front mit Einschluß der SPD, die gegen den Antrag der Kommunisten auf Auflösung des Reichstages sich einsetzt und täglich in der Presse schreibt, es sei nützlich, wenn der Bürgerkriegsrechtstag noch länger zusammenbleibt.

Die Deutsche Tageszeitung betont für die Notwendigkeit der Hinausschiebung der Reichstagsauflösung ferner, daß die großen Lebensnerven für die Junker und Großbauern erst beschaffen werden müßten. Da die SPD auch hier ihre Mitwirkung zuläßt, und ferner bereits Anträge zur Verteuerung der Nahrungsmittel im Reichstages eingehbracht hat, besteht auch über die Dringlichkeit des Militärabergreifens an die Agrarkapitalisten volle Übereinstimmung.

Gelangt es der Bourgeoisie, mit Hilfe der SPD, der Arbeiterklasse größere Niederlagen beizubringen, dann wird der Bürgerkrieg auch desto leichter die kleinbürgerlichen Massen zur Aktion bringen. Die werktätigen Massen müssen deshalb gegenüber der sozialdemokratisch-deutschnationalen Front die isolierte Kuldigung des Reichstages erwirken, mit größter Entschlossenheit und Aktivität die Volksbewegungen und den Wahlkampf sowie die erforderlichen Hilfsmittel für die werktätigen Bauern im Kampfe durchführen.

## Die Deutsche Bauernpartei

Vor wenigen Tagen hat die „Deutsche Bauernschaft“ unter Führung des bairischen Landwirtschaftsministers Dr. Aehr eine „Deutsche Bauernpartei“ gegründet. Zur richtigen Zeit erscheint gerade jetzt eine 32 Seiten umfassende Broschüre „Was ist und was will die deutsche Bauernschaft?“, herausgegeben vom Reichsbauernbund, im Verlage Neues Dorf, Berlin W. 10, Vilmowstr. 1. In sehr lebendiger Weise werden in der Broschüre die führenden Personen, wie auch ihre bauernfeindliche Politik, ge-

tennzeichnet. Der Programmsatz der deutschen Bauernschaft stellt der Bauernbund sein Programm gegenüber. Die Broschüre enthält wertvolle Belehrungen über die werktätigen Bauernschaft, aber auch der Arbeiterklasse gibt sie wertvolle Einblicke in die bäuerliche Bewegung, insbesondere ist sie für jeden Landkandidat unentbehrlich. Der Preis der Broschüre beträgt 20 Pfennig.

## Amanullahs Besuch

Berlin, den 22. Februar.

Aus der Schweiz kommend trifft der afghanische König Amanullah heute in Berlin ein.

Die Presse berichtet seit Wochen über das Programm der Zeremonien, die in Berlin anlässlich dieses Königsbesuches stattfinden. Uns interessiert der politische Hintergrund der Weltreise. Afghanistan ist seit 1919, dem erfolglosen Krieg gegen England, ein unabhängiges Königreich. Es hat etwa zehn



und übergibt seinem Sachwalter die Bedingungen.



Der Sachwalter präsentiert die Unternehmerbedingungen den Ausgeperrten, nennt das einen „verbindlichen Schiedspruch“.

Millionen Einwohner und eine Ausdehnung dreimal so groß wie Deutschland. Seine geographische Lage macht es zu einem typischen „Kreuzpunkt“, der zwischen der Sowjetunion, Persien und Britisch-Indien liegt. Das südlich angrenzende Beludschistan ist, ebenso wie Indien, eine Kolonie Englands. Die Unabhängigkeit des Landes wird von englischer Seite ständig bedroht, weil England in Afghanistan den „Schlüssel zu Indien“, d. h. eine wichtige militärische Position erblickt, die auch in den Kriegsplänen gegen die Sowjetunion eine bedeutende Rolle spielt. In der englischen Presse wird planmäßig versucht, die freundschaftlichen Beziehungen Afghanistans zur Sowjetunion zu töten, das afghanische Volk gegen die benachbarte Arbeitergroßmacht aufzumuntern.

Neben dieser militärischen Bedeutung, die während des Weltkrieges auch den deutschen Imperialismus bewegen hat, zu verhindern, Afghanistan als seinen Verbündeten gegen England zu gewinnen, interessieren sich die Kapitalisten der Großmacht in diesem Land für die Möglichkeiten der Kolonialisierung. Afghanistan ist heute noch ein typisches Agrarland. Die Bevölkerung lebt zum Teil unter feudaler Herrschaft, zum anderen in primitiv patriarchalischen Verhältnissen und beschäftigt sich in ihrer übergroßen Mehrheit mit Landwirtschaft. Neben ihr gibt es eine Heimindustrie, eine Kleinindustrie für den Bedarf der Bauernbevölkerung und einen ausgedehnten Handel. Die Mehrheit der Bauernbevölkerung wird durch die feudalen Schichten der Abgaben und Zehnten ausgebeutet. Da der größte Teil des Hochlandes unfruchtbar und nur etwa 2 Prozent der gesamten Bodenfläche für Landwirtschaft geeignet ist, spielt sozial die Verteilung der fruchtbaren Bodenfläche die größte Rolle. Die meisten fruchtbaren Landstriche gehören Großgrundbesitzern, die sie in kleinen Parzellen verteilt an Kleinbauern verpachten. Die Landwirtschaft ist intensiv, wobei den Bewässerungsanlagen eine besondere Bedeutung zukommt.

Die Regierung Amanullahs strebt eine wirtschaftliche Entwicklung des Landes an. Vom Beispiel der benachbarten Länder, der Sowjetunion, der Türkei und Griechenlands beflusst, wurden die Prinzipien der alten feudalen Rassen teilweise beibehalten und eine Industrieentwicklung des Landes eingeleitet, die allerdings erst in den allerersten Anfängen steht. Diese Industrialisierung wird auf staatseigentümlicher Grundlage geplant, so daß die erstellten ersten Tuch-, Maschinen-, Seiden-, Schuhs-, Holz- und Metallfabriken sowie die Anlagen von Elektrizitätsanlagen Staatsbesitz sind. Zur Entwicklung dieser jungen einheimischen Industrie werden auf ausländische Artikel, die schon in Afghanistan selbst produziert werden, hohe Schutzzölle gelegt. Neuerdings wird auch das Netz der Eisenbahnen erweitert. Eigentliche Eisenbahnen besitzt zwar Afghanistan bis heute nicht, dagegen werden Auto- und Karawanenstraßen gebaut, Wasserwege reguliert, neue Kanäle geplant und auch industrielle Kleinbahnen angelegt.

Der Außenhandel Afghanistans ist naturgemäß sehr gering. Er betrug 1921 etwa 100 Millionen Goldfranken und wird gegenwärtig auf etwa 120 Millionen geschätzt, wovon 80 Millionen auf die Ausfuhr entfallen. Das Land führt orientalische Spezialartikel der Heimindustrie, wie Teppiche und Stoffe, außerdem Nüsse und ähnliche Rohprodukte aus.

Das ausländische Kapital erblickt in Afghanistan gute Anlagemöglichkeiten durch Förderung seiner Industrialisierung. Inwiefern wird das Ergebnis der Weltreise Amanullahs und seiner Minister der Abschluß einiger Lieferungs- und Kreditverträge sein. Gegen die Verleumdungen des Auslandskapitals, insbesondere des englischen, in Afghanistan auf die Errichtung und Ausdehnung von Industriewerken, Bergwerken und Eisenbahnen Konzeptionen zu erhalten, wird von afghanischer Seite Widerstand geleistet. Der Reichtum an Lebensmitteln und die billige Arbeitskraft lockt aber das Kapital ins Land. Für die Gewinnung von Gold, Petroleum, Manganerz, Zinn und anderen Metallen sollen nach Berichten geologischer Expeditionen gute Vorkommen vorhanden sein. Neuerdings hat sich insbesondere auch das amerikanische Kapital, das mit dem englischen überall den Weltkampf aufnimmt, für das Land interessiert. Das Ergebnis dieses Interesses wird wahrscheinlich die Einleitung



Nur die Mobilisation aller lebenswichtigen Betriebe zum gemeinsamen Kampfe gegen den gemeinamen Feind und die praktische Solidarität mit den Ausgeperrten wird die Unternehmer-Oligarchie aufhalten und dem Schlichtungsschwindel ein Ende bereiten können.

Amanullahs nach den Vereinigten Staaten und der Abschluß von Lieferungsverträgen sein.

Das Interesse der deutschen Kapitalistenklasse richtet sich auch auf diese Gegend und Kolonialisierungsmöglichkeiten. Zahlreiche deutsche Ingenieure und Kaufleute arbeiten in Afghanistan und ebnen dort den Weg für das deutsche Kapital. Schon bisher beträgt die deutsche Ausfuhr an Waren für die dortige Teppichindustrie und an Bazarartikeln zur Deckung des Hausbedarfs jährlich einige Millionen. Wenn der Industrialisierungsprozeß fortgeschritten, sind aber weit größere Gewinne zu machen. Es sollen Hochöfen, Walzwerke, Elektrizitätswerke, Automobile, Flugzeuge und Eisenbahnmateriale geliefert werden. Nicht die englische Bourgeoisie den Empfang Amanullahs etwas folgen, um ihn für ihre kolonialistischen Pläne zu gewinnen und für eine englische Kolonisierung zu machen, so die deutsche nicht weniger, um ihn an der afghanischen Sonne ebenfalls ihren Plan zu sichern. Hinter einer Lobbyarbeit vor dem afghanischen König, der von der deutschen Bourgeoisie am allerwenigsten als der Vertreter eines aufstrebenden, seine Unabhängigkeit verteidigenden Orientvolkes gewertet wird, verbirgt sich die Hoffnung des deutschen Kapitalismus, durch Ausbeutung billiger Arbeitskräfte und Bewässerung der Ländereien in Afghanistan noch manchen Nagel Geld zu verdienen, Afghanistan als Objekt des neudeutschen Imperialismus zu behandeln.

Personenliche Bekanntschaft mit Janus und Zuhypothese: Rudolf Kerner; für Politik, Gewerkschaften, Sport und Freizeiten: Bruno Goldmann; für den Internationalen: Ulrich Wulfer, sämtlich in Dresden. Verlag: Dresdener Verlagsanstalt — Druck: „Deutscher“, Druckereibetriebe Dresden

Fortsetzung 9

# PASSAGIERE

DER III. KLASSE

ROMAN VON KURT KLÄBER

„Sogar in Mexiko?“ fragte der große Schotte, der heranzutreten war und zugehört hatte. „Da sitzen die Roten doch auf dem Thron!“

„In Mexiko,“ wiederholte der Däne, „heißt es nicht besser aus. Die Roten sitzen auf ihrem Land und auf ihren Silberminen und leben so gut wie früher, und wir hocken in den Städten so arm und verkommen wie vor dem Regierungssturz. Streik und Demonstration sind außerdem verpönt wie die Pest, und bemannen durften wir uns nur, wenn der rote Thron in Gefahr war!“

Der Schotte lachte und knallte sich auf die Schenkel. „Ja,“ sagte er, „so sind sie, viele Arbeiter und Sozialisten. Sie schämen den Staat wie die Hunde des Hauses ihres Herrn, und je mehr sie geprügelt werden, um so freundlicher werden sie mit den Schmanzen!“

„In den Staaten,“ fuhr der Däne fort, „ist es aber am schlimmsten. Im Süden gründen die Genossen Gelangvereine, und vom Montag bis zum Sonntag ist Tanz. Im Norden werden Banken gegründet und Krematorien gebaut und darüber schreiben sie: Der Sozialismus marschiert!“

„Gel' und in Europa?“ fragte der Belgier und stützte sich auf.

„In Europa,“ polterte der Schotte heraus, „ist der Sozialismus allerdings verwickelt. Da hat man die Dämmlen aus dem Volke herausgeholt, ihnen einen Bauch angemacht, daß sie nicht mehr darüber hinaussehen können, sie auf die wackligen Throne gesetzt, und nun herrschen sie im Namen des Volkes. Ha! Ha!“ und er polterte noch lauter, „und die tapferen Sozialisten, die ihr halbes Leben an der Muttermilch des Sozialismus gesüßt haben, singen Hosanna dazu und jagen: Es ist vollbracht!“

„Ja,“ sagte der Däne und schloß einen Augenblick die Augen, „es treibt einem das Wasser in die Höhe. Sie regieren in unserem Namen und im Namen der Demokratie, sie sind halbe oder ganze Sozialisten, und dem armen Volke und den Waisen geht es drehtiger als früher!“

„Quatsch!“ brüllte der Schotte wieder. „Sag es ihm deutlicher! Sie sind mit ihrem Sozialismus bis zur Hülfsrippe geritten, und auf einmal war der Gaul abgehecht und mußte Ruhe haben. Die Ruhe ist ihm aber so gut bekommen, daß er fett wurde, und nun kann er die Reiter überhaupt nicht mehr tragen!“

„Was soll er auch noch,“ mischte sich der Deutsche ein, der sich dreibeinig vor den Schotten gestellt hatte. „Der Sozialismus hat abgewirtschaftet! Ich habe auch einmal Worten geschickt und wurde mit zu den Demonstrationen geschleppt. Jetzt habe ich eine Scheinerei in Baltimore und habe den Schwanzel nicht mehr nötig. Der Mensch muß versuchen, zu etwas zu kommen — also arbeiten und sparen, das ist das Beste. Wer nichts ist und nichts hat, der kann auch durch euren Sozialismus nichts werden!“

Das Gespräch zwischen dem Amerikaner und dem Geduckten wurde genau so laut. Der Geduckte hatte den Amerikaner fast am Kopf genommen. „Du bist doch ein Revolutionär,“ fragte er ihn.

„Eiher,“ sagte er und zog den sich Sträubenden näher an seine Seite, „vielleicht ein Rebell, ein Nihilist, ein Anarchist? Man sieht es dir an. Ich habe einmal mit einem Kerl zusammengelassen, der war auch von dieser Reiberei, und er sah dir ähnlich!“

Es war zwischen Baltimore und Washington, fuhr er schneller fort, „wir hatten drei Tage gearbeitet. Was sage ich, gearbeitet? — geduldet in der Sonne! Immer auf dem Tappflur. Am dritten Tag bauten wir ab. Unter Geld! sagte der Kerl und hielt dem Farmer keine Tasse hin. Der ludte darauf. Ich habe euch für den ganzen Sommer gemietet und nicht für drei Tage, sagte er. Den nächsten Tag haben wir noch gearbeitet, aber am Abend sind wir auf und davon gegangen. Den Weg führten wir vorher in ein Wasserbecken!“

„Hör!“ mischte der Krumme, der zu den beiden zurückgekehrt war und gelächelt hatte, „wir hatten einen ähnlichen Pruder in unserm Poch. Einmal hatten wir sogar zusammen Rechten. Er war klein, nicht besonders pöfzig, aber er hatte einen Schädel, dicker als Eisen. Als wir nach dem dritten Streik wieder in das Poch sollten, es war eine dumme Geschichte, die Kohlenkönige hatten uns schon das zweite Mal ein solches Licht angezündet, Inzerte er und sagte: Es geht mit

keiner vor morgen hinunter. In der Nacht kletterte er aber selber hinein, legte Pulver unter die Pumpe und zerplatzte sie. Schon am Abend stand das Wasser bis zur zweiten Sohle!“

„Aber was tut der Kerl plötzlich? Auf einmal heißt es, oben in der ersten Sohle erlauft ein Pferd, wenn das Wasser steigt. Er ist hinunter geflettert, als gälte es Leben Leben. Und der Donner, er ist erloschen, ist erloschen wegen einer alten Wäre, die blind und lahm war und nicht mehr ziehen konnte und vielleicht am nächsten Tage verfließt worden wäre!“

Der Amerikaner, der seit und verschlossen zugehört hatte, wurde wärmer und erzählte mit. „Oh,“ sagte er, „es gibt solche brave Puschken. Einmal waren wir in Texas und wurden verfolgt. Als wir nachts bei einem Farmer einsteigen, fragte er uns, ob wir Flüchtlinge wären. Weiter konnten wir nicht, denn die Grenze war besetzt, wir sagten also: ja. Kameraden, antwortete er, ich war einmal ein schlimmerer Bruder als ihr, und vor mir hat die Chicagoer Polizei mehr gesittet als vor einem Hundert von euch. Kurz, er brachte uns über die Grenze. Wir wurden aber gefangen, allerdings als wir schon in Sicherheit waren. Nur dem Gentleman ging es drehtig. Sie haben ihn Haus und Stall verbrannt, und als er aus seinen Prügeln erwachte, war er mehr tot als lebendig. Pah! lachte er, als wir nach vier Wochen zurückkühlten und vor seinem blauen Gesicht erschrocken, was macht das, ich habe ihnen einen Streich gespielt, und der ist die Prügel schon wert!“

Am Fenster stand noch immer der Lunge. Er machte kein finstres Gesicht und sah manchmal zu der Französin. Die war langsam nach der anderen Seite des Raumes gegangen und sprach mit dem Korrekten.

„Es ist eine penible Gesellschaft,“ sagte der junge Mann, der sich nervös an seinem Büttchen zupfte und sich etwas links mit der anderen Hand auf den Tisch stemmte.

Die Französin betrachtete ihn. Sie spitzte erst spöttisch die Lippen, lächelte ihm dann aber zu. „Ich liebe solche Gesellschaften,“ antwortete sie und blinzelte mit den Augen.

Den Lungen schien das beginnende Gespräch der beiden zu beruhigen. Er sah nach der dritten Fensterseite des großen Salons. Dort stand seit einigen Minuten die Tibin, verdeckt, eines der angelaufenen Fenster abzuwischen und hinauszusehen.

Der Lunge machte kein geistreiches Gesicht, zog die Stirn in die Höhe, drückte die tiefliegenden, überblähten Augen, die immer halb geschlossen waren, aus ihren Höhlen und ging auf sie zu.

(Fortsetzung folgt.)

Am 22. Februar verstarb unser lieber Kampfgenosse  
**Julius Weide**  
 im Alter von 55 Jahren.  
 Wir danken Dir für Deine Treue.  
 Dein Andenken wollen wir immer ehren.  
**RFB, Ortsgr. Bischofswerda**  
 Die Genossen des RFB, des RFD und der KPD stellen am Samstag, dem 25. Februar 1928 im Trauerhause des Neuen Friedhofes.

**Achtung, Striesener Sänger!**  
 Die Probe findet Sonntag nicht 7 Uhr, sondern 13,30 Uhr im Volkshaus Ost statt. Erscheinen aller ist Pflicht.

**Volkshaus Weißes Roß, Pirna**  
 Sonnabend, den 25. Februar  
**Schlachtfest**  
 mit musikalischer Unterhaltung  
 Fröhlich 9 Uhr Wellfleisch  
 später alle Schlachtspezialitäten  
 Hierzu laden freundlichst ein  
**Paul Lindemann und Frau**

**Arbeiter-Athletik-Sportklub Heidenau**  
 Sonntag, den 26. Februar, 14 Uhr, im „Deutschen Haus“, Heidenau  
**Ring- und Boxkämpfe**  
 um die Sachsenmeisterchaft  
 Es treten: Heidenau - Meißen / Es treten: Heidenau - Sandom - Dresden  
 Anstehend Fußball  
 Hierzu ladet höflichst ein der Gesamtvorstand

**Turn- und Sportgenossen**  
 werbt für das Kreisfest (20. bis 22. Juli) in Dresden

<p><b>Central-Theater Bautzen</b>  <b>PAT UND PATACHON</b>          sind ab heute Freitag die auf weiteren im CENTRAL-THEATER als  <b>DIE LUSTIGEN VAGABUNDEN</b>          7 Akte sprudelnden Humors, lustiger Situationen und toller Einfälle. Als Vagabunden u. Gelegenheitsarbeiter bringen sie auch den eigenen Orientierung zum Lachen. Sie lachen aus vollem Herzen.          Dazu noch:  <b>Der Cowboy-Kavallerist od. Der Retter aus höchster Not</b>          Ein Wildwestfilm in 5 Akten mit dem berühmten Cowboydarsteller Tom Tyler.          Beginn: Wochenends 18<sup>00</sup> u. 20<sup>00</sup> Uhr          Sonntag um 17, 19, 21 Uhr          Jugendliche haben Zutritt!</p>	<p><b>Palast-Theater Bautzen</b>          Paul Wegeners          Schauspielkunst in  <b>Svengali</b>          1 Akte (mit nach dem berühmten Roman „Trüb“). In den Hauptrollen: Paul Wegener, Anita Doris, Hertha v. Walther, Hans Brausewetter, Hermann Picha u. a. Ein wichtiger Film, der die Besucher vom Anfang bis zum Ende fesselt.          Außerdem:  <b>Pech muß man haben</b>          Operette in 2 Akten. Dazu noch die neue <b>Opelwoche Nr. 9</b> mit Kulturfilm.          Beginn: Wochenends am 18<sup>00</sup> Uhr          Sonntag um 16 Uhr.</p>
--	---

Ihre  
**Farben / Lacke / Firnisse**  
**Pinself / Schablonen**  
**Polituren und Beizen**  
 kaufen Sie am vorteilhaftesten in der  
**Drogerie**  
**Otto Wiesner, Freital-Deuben**  
 Sächsischer Wolf

**Konfirmanten-Kleider u. -Mäntel**  
 in entzückenden Ausführungen, unerreicht billig, femer  
**Konfirmanten-Anzüge**  
 in prima Verarbeitung von 21 M. bis 65 M. finden Sie in tiefer Auswahl im  
**Kaufhaus Fortuna, Freital-Deub.**  
 Erstes Spezialgeschäft des Sächsischen Grundes  
 Mitglied des Rabatts-Spartvereins

**Ämtliche Bekanntmachungen**  
 — Freital —  
**Freitag**  
 Sonnabend den 25. Februar findet ab 7,30 Uhr Versteigerung von Kirchfleisch, in rohem Zustande, im Stadteil Deuben, Feuerwehrhof, statt. Preis pro Pfund 30 Pfennig.  
 Bei der Stadt Freital, am 24. Februar 1928.

Zu der am Montag, dem 27. Februar 1928, Punkt 14 Uhr, im großen Saale des Scherwahauses, Dittmar-Platz 13, stattfindenden  
**großen Protest-Versammlung**  
 (betr. Gemeinde-Beitragssteuer)  
 werden hiermit alle Gast- und Schankwirte eingeladen.  
 Die Vereinigung der Hotel-, Gast- und Schankwirtevereine und der Kaffeehausbesitzer von Dresden u. Umgeb.  
 Otto Eberwein, 1. Vorsitzender.

**Arbeiter, Angestellte und Beamte**  
 sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftsverbandes, der Gewerkschaften, des Allgem. freien Angestelltenbundes und des Allgem. Deutschen Beamtenbundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, der  
**Volkshilfe**  
 Gewerkschaftlich-Gewerkschaftliche Versicherungsanstalt  
 Auskunft erteilen gegen Monatsbeitrag folgende die Versicherungsstellen Dresden-2, Hauptstraße 13 oder der Dorthaus der Volkshilfe in Chemnitz 3 im 2. Stockwerk 2.39

**Drucksachen aller Art**  
 für alle Zwecke, sauber und in wirkungsvoller Ausführung, in jeder Auflage nach gegebenem oder auch eigenem Entwurf, in Linol als Spezialität  
 druckt die Peuvag  
 Dresden-Alst., Güterbahnhofstraße 2

**Wo treffen wir uns heute?**  
 Bei Hermann Trompler  
 Restaurant Eisenberger Straße 15 (Ecke Hallesche Straße)  
 In Billard, Piano und Musiksaal  
 Devisen: „Empor zum Licht“  
 2 Vereinszimmer nach 2 Tage frei  
 Inhaber seit 1910 Ruf 33867

**Wo?**  
 ist das beliebteste Bier- und Speisestiel  
 Zimmer im  
**Bitterteller**  
 Ballenhausstraße 28  
 Tägl. Rührlimonette  
 Mittagsgedeck von 90 Pfennig an

Vorstellung: Reform-, Pfingst- und Arbeiterbier, in Monotonen und Anzeigen, in den Anzeigen und alle sind zum Schließen gebräutet, frisch, hell und bis zu 100% reiner Biersaft mit voll. Sauerbrot-Zerlegung ins betonen  
 Spezialgeschäft  
 Dresden-1, Hauptstr. 13  
 Telefon 33110

**Wenn's niemand macht! Oswald Machts!**  
 Hauptlager:  
**Kaulbachstraße 31, 1. Etg.**  
 Ecke Pillnitzer Straße

**Möbel aller Art**  
 Große Auswahl! Billige Preise! Günstige Zahlungsbedingungen!  
**Fahrradhaus Kurt Frömme, Zehlisa**  
 Herren- u. Damen-Fahrräder  
 Teilzahlung gestattet  
 Reparaturen werden billigst ausgeführt

**Blumen- u. Gemüsesamen**  
**Saat-Kartoffeln**  
 alle Düngemittel  
 Hauswald, Pirna, Am Markt  
 Kolonialwaren / Saaten / Futtermittel  
 Telefon 889

**Restaurant Bergfeller**  
 Meißner / Ralberg  
 hält sich an die besten und erprobten „Haus-Devisen“  
 Anna Maria, Köchin  
 Sämtliche altbekannte  
**Biere**  
 liefert frei Haus und Kantine  
**Kurt Noack**  
 Dohnaer Platz

**Alle Lebensmittel billig**  
**Wilh. Baerge**  
 Pirna  
 Marktgasse 6% Rabatt

**Platten**  
 wie:  
**Rotgardistenmarsch, Internationale, Rote Fahnen, Es zog ein Rotgardist hinaus**  
 u. verschied. andere proletarische Lieder auf Schallplatten bei  
**Aug. Marczyk**  
 Pirna, Schöberg 7  
 Reilbahnstraße 4

**Achtung! Radfahrer!**  
 die kaufen bei mir  
 erste Klasse  
**Fahrräder**  
**Mäntel**  
**Schläuche**  
**Lampen**  
 sowie sämtliches Fahrradzubehör zu sehr vorteilhaft. Preisen.  
**Max Schäfer**  
 Mechaniker  
 Pirna, Schöberg 7  
 sämtliche Reparaturen schnell u. b. billig

**Anzüge u. Mäntel**  
 (auch nach Maß)  
 liefert preiswert  
**Gepa-Kleidung**  
 Freiberg, Burgstr.

**Berufskleidung**  
 Schillerstraße  
 Brauerstraße  
 Rautenstraße  
 Schillerstraße  
 Rautenstraße  
 Berufsmäntel  
 blau, braun und weiß  
 Arbeitshosen  
 jeder Art  
 Dreiteilig, billig bei

**Ernst Klar**  
 Lillengasse 52  
 alle Holzwaren  
 (Rohr, Orientantenteile)

**Möbelhaus Union**  
 ist billig!  
 Bill. Betten  
 „Aust.-Matratz.“  
 „Patentboden“  
 „Ruhe-Sofas“  
 „Schränke“  
 „W.-Kommod.“  
 „Nachtschränke“  
 „Tische“  
 „Stühle“  
 „Speisezimmer“  
 „Schlafzimmer“  
 „Küchen“  
 Riesen-Auswahl  
**Alaunsstr. 17**  
 Gegründet 1868  
 Eigene Werkstätten, ermöglichen billigste Preise  
 Freie Lieferung durch eigenes Lastauto auch nach auswärt.

**Feinste Fleisch- und Wurstwaren**  
**Richard Rood**  
 Fleischermeister.  
 Döberitz

**Erstklassige Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone**  
 in größter Auswahl, auch auf Teilzahlung!  
 kaufen Sie am vorteilhaftesten bei  
**Willy Haak, Fahrradhaus**  
 Pirna-Copitz, am Rathaus

**Harry Bienenstein**  
 Der Meister des zynischen Humors prolängert für Freitag: „Ab 1. März in den beiden großen Lachschüsseln: „Der Stellvertreter“ und „Nobilität und Pöbel“. Wer sich gesund lachen will, kommt ins Familien-Kabarett  
**Andalucia**  
 Gerichtstraße 1, Ecke Marschallstraße  
 Ruf 23608  
 Ab 8 Uhr abend! Eintritt frei!

**CAPITOL FREITAL**  
 Ab Freitag:  
**Harry Liedtke**  
 der gelehrte Liebling des deutschen Kinopublikums in seinem großen neuen  
**Filmschwank**  
**Das Heiratsnest**  
 6 tolle mit übersprudelndem Humor geladene Akte  
 Außerdem:  
**Das lustige und interessante Beiprogramm**  
 Vorstellungen 18,30 u. 20,30 Uhr

**„Deutsches Haus“, Filippisdorf**  
 Angenehmstes und bekanntestes Arbeiterverkehrslokal der Lausitz  
 Jeden Sonnabend und Sonntag  
**Öffentliches Tanzvergnügen**  
 Neu und gebrauchte Möbel  
 Polsterwaren aller Art  
 Kleidungsstücke und Schuhwaren  
 auch auf Teilzahlung, billigst bei  
**Frieda Wenzel / Bautzen**  
 Töpferstraße 11

**Schulranzen**  
**Schülertaschen**  
**Aktentaschen**  
**Frühstückstaschen**  
 in großer Auswahl  
**Fr. Leipnitz, Sattler**  
 Pirna, Jacobstraße 5